

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

21.11.1923 (No. 321)

Karlsruher Tagblatt

Bemerkung
Abentl. 65 Goldpfennig
An anderer
Stelle oder in unferen
ent. abneb. 60 Goldpfennig.
Anzahlverkauft 120 Mtd.
Im Falle höherer Gewalt
der Besteller keine An-
sprüche bei verspäteter oder
nicht eingehender Zeitung
übernehmen können nur
wenn bis zum 25. auf den
bestimmten Monatszeiten an-
genommen werden.
Verlag, Schriftleitung und
Redaktion: Alsterstraße 1

Anzeigenberechnung nach
Grund- und Einheitszahl:
Grundzahl für die Druck-
Anzahlreihen oder deren
Raum 200, auswärts 240,
Familienanzeigen und Stel-
lenanzeigen 150, Reklameteile
600, an erster Stelle 600.
Schlüsselzahl 1400 000 000
Rabatt nach Tarif.
Kernschonkblätter:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Verlag Nr. 21 und 297,
Schriftleitung Nr. 26,
Dauerschreiber Nr. 18,
Polizeifunktor Nr. 2547
Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost
Wirtschafts- und Handelszeitung / „Zorn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Verantwortl. Hermann v. Voigt Verantwortl. für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Ehrhard; für die Redaktion: Hermann Weick; für die „Pyramide“ Karl Weick; für die „Morgenpost“: Karl Weick; für die „Scholle“: Karl Weick. Druck und Verlag: G. H. Müller, Karlsruhe, Alsterstr. 1. Berlin: Redaktion Dr. Richard K. H. Müller, Berlin-Charlottenburg, Rosastr. 37. Telefon: 2200. Postamt: 11-13 Uhr vormittags. Die unverlangte Manuskript- oder Druckfaden-Übernahme durch die Redaktion erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

120. Jahrg. Mittwoch, den 21. November 1923 Nr. 321

Die Reichstagsfikung von Kommunisten gesprenkt.

Der schleppende Gang der Reichspolitik.

Der lähmende Einfluss des Kommunismerrors im Reichstag.
Berlin, 20. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Verhandlungen zwischen dem über Anstufung der beletzten Gebiete und der Reichsregierung haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Meinungsverschiedenheiten über den etwa zu schaffenden Zweckverband und über die Unterbringung der Erwerbslosen im beletzten Gebiete konnten noch nicht überbrückt werden. Der größte Teil der Herren aus dem beletzten Gebiete hat Berlin wieder verlassen. Es sind nur wenige von ihnen in Berlin zurückgeblieben, um die Fühlung mit der Reichsregierung aufrecht zu erhalten. Der über Anstufung wird zunächst mit dem französischen Oberkommissar Tirard weiter verhandelt. Sehr wesentlich sind die Berliner Verhandlungen natürlich durch die Regierungskrise beeinflusst worden. Das Kabinett trägt betrüblicher Weise Bedenken, in diesem Augenblick Entschlüsse von so großer Tragweite, wie sie erforderlich gewesen wären, zu fassen.

Abermalige Verschiebung der Votschaffertkonferenz.

Paris, 20. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Votschaffertkonferenz konnte heute nachmittags um 10 Uhr wiederum nicht zusammentreten, weil der englische Votschaffter nicht im Besitze der nötigen Instruktionen seiner Regierung war. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, dass der englische Votschaffter heute am Quai d'Orsay den Text eines Schreibens der englischen Regierung übermittelt hat, der in maßgebenden französischen Kreisen großes Vertrauen ausgedrückt haben soll.

Die Entscheidung der Pariser Votschaffertkonferenz.

Der Streit um die Militärkontrolle in Deutschland im Sinne Frankreichs entschieden. — General Nollets Guldanken als Maßstab.

Paris, 20. Nov. Wie schon gestern berichtet, haben die Beratungen der Votschaffertkonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland mit der Aufnahme eines Kommissar in die Besetzung gedeutet. Die Beschlüsse der Votschaffertkonferenz sind noch gestern Abend von der französischen und belgischen Regierung gebilligt worden. Die Zustimmung von London und Rom wird erwartet. Über den Inhalt der Beschlüsse meldet das „Sowjetwörterbuch“ folgendes:

Die Votschaffertkonferenz wird in einer gemeinsamen Note der deutschen Regierung mitteilen, dass die Militärkontrolle in aller kürzester Zeit wieder aufgenommen werde, ob die deutsche Regierung hierzu ihre Zustimmung gebe oder nicht. Der Kontrollkommission werde es zu bestimmen, unter welchen Bedingungen sie ihre Pflicht ausüben soll. Wenn Unstimmigkeiten entstehen würden, habe die Kommission zu entscheiden, ob die deutsche Regierung hierfür verantwortlich sei und in welchem Maße. In diesem Falle würden die Alliierten sich verpflichten, um, wenn nötig, Maßnahmen zu ergreifen. Was den Kronprinzen betreffe, werde man in Anbetracht der Tatsache, dass er einen Verzicht auf den Thron ausgesprochen und das Verprechen gegeben habe, als Privatperson in Deutschland zu leben, die deutsche Regierung auffordern, frene darüber zu wachen, dass er das gebührende Verhalten halte. Über die Kompromissformel meldet das „Echo de Paris“: Das englische Kabinett hat durch seinen Votschaffter erklären lassen, man solle eine Aufforderung an die deutsche Regierung richten, damit sie gestatte, dass die Militärkontrolle in dem Maße ihrer Autorität wieder aufgenommen werde. General Nollet und seine Kollegen werden die Aufgabe haben, in jedem besonderen Falle den guten oder schlechten Willen Deutschlands festzustellen. Über London weigere sich irgendwelche Sanktionen in eine beratende Aufforderung einschreiben zu lassen. Jede alliierte Sanktionsmaßnahme könne nach englischer Auffassung den Vorwurf in Deutschland vergrößern. An dererseits betreibt London auf Grund des Verlebensvertrages und der durch das französische

Die innenpolitische Lage nach der heutigen Reichstagsfikung.

Die Hoffnung, dass im Anschluss an die mit Spannung erwartete Kanzlerrede im Reichstag eine Lösung der innenpolitischen Krise erfolgen würde, hat sich nicht erfüllt. Kommunistische Obstruktion äußerster Art hat das Zustandekommen der Kanzlerrede verhindert. Es ist beklagenswert, dass die Geschäftsordnung dem Reichstagspräsidenten nicht die polizeiliche Befugnis gibt, verantwortungslose und flegehafte Abgeordnete mit Gewalt aus dem Sitzungssaale zu entfernen, dann würde der Welt das erbärmliche Schauspiel erspart bleiben, das ein fruchtiger Geselle von Abgeordneten in der Lage ist, der politischen Entwicklung, von der die Rettung des Vaterlandes abhängig sein kann, in die Arme zu fallen.

Nach der Absagerede des Sozialdemokraten Weis kann kaum noch ein Zweifel bestehen, dass die Zeit des Kabinetts Stresemann abgelaufen ist. Nach den entscheidenden Erklärungen der einzelnen Fraktionen am Donnerstag wird die Kabinettskrise im vollen Umfange da sein. Voraussichtlich werden die Verhandlungen unter den Reichstagsfraktionen über die Bildung einer neuen Regierung in diesen Tagen beginnen, es sei denn, dass Dr. Stresemann vom Reichspräsidenten die Ermächtigung erhält und benutzt, den Reichstag aufzulösen. Ueber die Haltung des Reichspräsidenten in dieser Frage konnte gestern noch nichts in Erfahrung gebracht werden. Jedenfalls glaubt man nicht, dass es dem Kanzler noch gelingen werde, einen Ausweg aus dem Wirrwarr der Misstrauensanträge zu finden, die zu erwarten sind.

Zu der gestrigen Vormittagsfikung der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion soll beschlossen worden sein, event. sogar für das Misstrauensvotum der Sozialdemokra-

ten zu stimmen, nur um den Kanzler unbedingt zu Fall zu bringen. Nur in wenigen bürgerlichen Kreisen hat man noch die Hoffnung, dass es dem Geschied Dr. Stresemann gelingen werde, die parlamentarische Schlacht in parlamentarischen Sinne zu gewinnen. Falls Dr. Stresemann durch die Entwicklung der Aussprache gezwungen werden sollte, zurückzutreten, so wird in einigen parlamentarischen Kreisen angenommen, dass der Reichspräsident entweder den jetzigen Vorsitzenden der deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Dr. Scholz, oder den gegenwärtigen Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werde. Unter den Beschlüssen, die die Fraktionen vor der gestrigen Sitzung gefasst haben, ist besonders der der demokratischen von Interesse. Diese wird gegen jedes Misstrauensvotum stimmen. Ihre Stellungnahme zu einem Vertrauensantrag behält sie sich jedoch vor. Es verlautet nämlich, dass einige Minister des Kabinetts ein Vertrauensvotum für die Weiterarbeit der Regierung als unerlässlich erachten. Ein Kabinettsbeschluss über diese Frage liegt jedoch noch nicht vor. Die Demokraten gehen von folgenden Voraussetzungen aus:

1. Die Lösung der bayerischen Frage wird im Augenblick nicht als so dringend erachtet. Es wird jedoch von der Regierung erwartet, dass sie dort baldmöglichst für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände Sorge trägt.
2. Die baldige Rückführung in normale Verhältnisse des Reiches, die Umwandlung des militärischen in einen zivilen Ausnahmezustand und
3. Die baldige Rückführung in normale Verhältnisse des Reiches, die Umwandlung des militärischen in einen zivilen Ausnahmezustand und
4. wird erwartet, dass eine weitere Rechtsorientierung der Regierungspolitik unterbleibt.

Londoner Urteile über die Beschlüsse der Votschaffertkonferenz.

London, 20. Nov. (Drahtber.) In einer Besprechung der Ergebnisse der gestrigen Votschaffertkonferenz weisen die Blätter darauf hin, dass eine Kompromissformel, aber noch keineswegs eine Lösung erzielt worden sei. Neuer erzählt, dass die Meldungen über ein Uebereinkommen der Alliierten in der Frage der Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland wenig Befriedigung in London hervorriefen. Allgemein herrsche die Ansicht, dass die Meinungsverschiedenheiten zu groß seien, um überbrückt zu werden, und dass die Vertagung der Votschaffertkonferenz

Anhörung deutscher Vertreter in Paris.

Paris, 20. Nov. Die Vertreter der deutschen Regierung werden am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Währungsfrage abgeben.

Belgiens Außenpolitik.

Brüssel, 20. Nov. (Drahtber.) In der Kammer führte Minister Japart unter anderem folgendes aus: Die Außenpolitik Belgiens hat weder in der letzten Zeit noch jemals eine Änderung erfahren. Sie bleibt gerade und fest, wie sie immer war. Sie setzt weder Schwäche noch einen Mangel an Zusammenhang. Trotz allem, was man von ihr auch sagen mag, bleibt sie und wird sie bleiben belgische Politik. Der Minister schilderte sodann den Verlauf der Ereignisse in Aachen und erklärte, die Regierung habe niemals wohlwollende Neutralität gegenüber den Sonderhändlern angedeutet. Weder die belgische Regierung noch der Vertreter Belgiens in Aachen habe den Anweisungen einer fremden Macht oder einer ihrer Vertreter Folge geleistet.

Deutscher Reichstag (391. Sitzung.)

Berlin, 20. Nov. Die Tribünen sind überfüllt. Die Bänke der Abgeordneten weichen aber noch große Lücken auf, da zurzeit noch nicht alle Mitglieder in Berlin eingetroffen sind.

Im Regierungstisch Reichstanzler Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Frazes, Finanzminister Dr. Luther, Arbeitsminister Dr. Brauns.
Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 12.00 Uhr und gedenkt des Ablebens des Abg. Soener (Zentrum) und des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein, der 34 Jahre hindurch als Leiter der Reichsbank gewirkt hat und nun durch den plötzlichen Tod mitten aus den Konflikten herausgerissen worden ist, in die ihn die letzte Zeit gesteckt hatte.

Der Präsident teilt weiter mit, dass wegen der Verletzung der Immunität des Abg. Soener (Zentrum), der zweimal unter dem Namen der französischen Belagungsbehörden von sogenannten Separatisten verhaftet wurde (Mitrufe), Protest erhoben worden ist. Die französische Regierung hat bisher noch nicht geantwortet. Auch die Beschwerde wegen der Verletzung der Immunität des Abg. Dr. Roth (D. B.) durch die belgische Belagungsbehörde ist unantwortet geblieben. (Erneutes Hörl. Hörl.)

Ein Antrag auf Strafverfolgung des sozialistischen vormaligen Abgeordneten Hofmann-Koierklantner wegen Hochverrat wird dem Geschäftsbereichsamt übergeben.
Der Vertrag mit der Schweiz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Arbeitseinkommens wird in allen drei Fikungen angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des deutsch-polnischen vorläufigen Handelsübereinkommens bis 31. Mai 1924. Gleichfalls zur Annahme gelangt das deutsch-polnische Abkommen über den privilegierten Durchgangsverkehr zwischen Pommern-Oberpommern und dem übrigen Polen durch Deutsch-Schlesien.

Auf der Tagesordnung steht dann die politische Aussprache.

Abg. Koenen (Komm.) fordert zur Geschäftsordnung, dass zuerst der Reichstanzler das Wort nehmen soll, weil er verantwortlich sei für die Not und das Elend, das im Lande herrsche. Präsident Ebe erklärt, dass in der Geschäftsordnung keine Möglichkeit bestehe, dem Reichstanzler vorzuschreiben, wenn er das Wort ergreifen soll.

Abg. Koenen (Komm.) beantragt darauf Vertagung der Sitzung. (Große Heiterkeit) Dieser Antrag wird abgelehnt.

Darauf beginnt die allgemeine Aussprache. Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Weis (Soz.).

Er bedauert zunächst, dass die Erörterungen nicht mit einer Regierungserklärung eröffnet werden. Man wolle die Opposition den Reigen eröffnen lassen. Diese Taktik werde der Regierung aber als Schwäche ausgelegt werden. Es handele sich um eine neue Regierung, die das Vertrauen des Reichstages bedürfe und die daher zunächst ihr Programm entwickeln müsse. Die Regierung wolle aber den Eindruck erwecken, als ob sie die alte Regierung sei. Sie ist aber eine ganz andere, nicht nur wegen der Personenveränderungen, sondern weil sie nicht mehr die Ermächtigung habe, wie das vorherige Kabinett. Dabei ist die Zeit unheimlich ernst. Not und Elend machen sich überall breit. Die Feinde der Republik haben nur einen Schutzel: „Poincaré!“ Die Reparationsverhandlungen sind an einem Gegner gescheitert: „Poincaré!“ Der Redner verurteilt die Trennungsbestrebungen, an denen er den bürgerlichen Parteien die Schuld beimisst (Aufe: Hofmann Biala) und protestiert gegen die Wahnsinnspläne derjenigen, die im Westen ihre Industriehierarchien errichten wollen. Kabr und Ludendorff hätten in München offenen Hochverrat begangen. Durch einen meuteren General sei die Demoralisation in die Reichsmehr getragen worden. Niemand sei ein System so verlogen gewesen, wie dasjenige Kabrs. Der Belagerungsstand sei eine Schwäche für Deutschland. Er kritisiert ferner das Auftreten des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Rentenbank, die bereits zu einer Ober-

Schlüsselzahl für den Bezugspreis des Karlsruher Tagblattes: 1 Billion.

Kontrollbehörde über die Reichspolizei geworden ist. Das Verhalten des Reichsanzlers in dieser Frage ist verfassungswidrig.

Die Rhein- und Ruhrfrage ist für die Sozialdemokratie eine nationale Frage. Eine Preisgabe komme nicht in Frage. Die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den Franzosen hätten nicht an der Ruhrfrage scheitern dürfen. Aus einem Protest über die Beiprehung geht klar hervor, daß die Mitglieder der Nationalversammlung für die Einführung des Wehrdienstes lichte. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Durch die Ernennung des Dr. Jarres zum Innenminister habe Stresemann eine Schwächung in der Ruhr- und Rheinfrage vollzogen. Ein Bruch des Reichsrechts sei es, wenn er die Erwerbslosenunterstützung für die Rheinlande ablehne. Der Redner erklärte zum Schluß, daß seine Partei kämpfen werde für ein einheitliches, freies Deutschland.

Abgeordneter Herat (D.N.)

Ich spreche ebenfalls kein Bedauern darüber aus, daß der Kanzler heute nicht zuerst das Wort ergriffen habe. Wieder einmal stehe der Reichstag vor einer bitteren Entscheidung. (Der Reichsanzler meldet sich zum Wort.) Das Karlsruher Haus der großen Koalition ist zusammengesunken, der Reichsanzler wird folgen. Das Kabinett hat mich Mißerfolge erlebt. Man kann kein Vertrauen mehr zu ihm haben. Es muß ein völliger Kurswechsel eintreten. Gänzlich müßte dafür geteilt sein, daß die Sozialdemokraten wie im Reich so auch in Sachsen und Thüringen verschwinden. Die marxistischen Demagogen haben den Reichsanzler bestimmt, in seinem Auftrag zur Sammlung die Deutschnationalen, die wahren konservativen Elemente, anzusprechen. Schon allein das muß unser Vertrauen hervorrufen. In der Frage des Wehrdienstes sind zwar Ansätze zur Tat gemacht worden. Die Regierung habe aber nichts erreicht. (Hört! Hört! Rechts.)

Der Redner bespricht dann die Rhein- und Ruhrfrage, in der die Regierung besonders zahlreiche Mißerfolge aufzuweisen habe. Er verlangt von dem Reichsanzler eine unzeitbedingte Erklärung bezüglich der geplanten Politik der Reichsregierung für die besetzten Gebiete. Auch die Deutschnationalen seien für Verhandlungen, aber nicht mit den Franzosen, sondern mit allen Alliierten. Frankreichs Politik werde sich ändern, sobald die deutsche Politik den Charakter der Schwäche verliert. Eine Reichsregierung werde sich von allen trägen Strömungen fernhalten. (Lebhafter Widerspruch links.) Nicht eine einseitige deutschnationale Regierung, sondern eine nationale Regierung überhaupt werde gefordert. Der Redner betont, daß nicht etwa die Brandstiftung in Europa gemieden werden soll, aber der uns anzugewandene Kampf müsse furchtlos durchgeführt werden. An eine kapitalistische Vorherrschaft werde nicht gedacht, auch die Arbeiterklasse solle die ihr gebührende Stellung erhalten. Aber die Sozialdemokratie sei nicht die Vertreterin der Arbeiterklasse. Ganz ohne Parlament und Parteien wollten auch die Deutschnationalen nicht regieren. Die Regierung müsse das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend haben. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Die bairische Frage sei eine deutsche Frage. Mehr habe dieses Wort der Reichsrede über alles gesagt.

Der Kanzler durch die Kommunisten am Sprechen verhindert.

Als Reichsanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten soll, verlangt der Abg. Koenen das Wort zur Geschäftsordnung. — Präsident Eöbe verweigert dies und Abg. Koenen ruft: Ich will dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist. (Große Erregung bei den Kommunisten.) Als der Präsident dann dem Reichsanzler das Wort erteilt, schlägt der Abg. Kemmele erregt mit

den Fäusten auf das Treppengeländer zur Rednertribüne und ruft dabei wiederholt laut: Sind wir hier im Parlament oder im Zuchthaus? — Dem Präsidenten gefügt es sich nach einigen Minuten, die Zurufe zum Schweigen zu bringen. Unter lebhaftem Beifall der anderen Parteien fordert er den Abg. Kemmele auf Grund des § 31 der Geschäftsordnung wegen größtenteils Verletzung des Hauses auf, den Sitzungssaal zu verlassen. — Da Abg. Kemmele dieser Aufforderung nicht folgt und auf seinem Platze verbleibt, verläßt Präsident Eöbe die Sitzung zunächst auf eine Stunde.

Der Saal leert sich nur langsam. Die Abgeordneten bleiben in erregten Gruppen zusammenhängen. Der Abg. Kemmele verläßt seinen Platz nicht.

Schluß 14 Uhr.

Präsident Eöbe eröffnet die neue Sitzung um 14.30 Uhr. — Am Regierungstisch Reichsanzler Dr. Stresemann und die übrigen Reichsminister. Der Abg. Kemmele ist im Saal geblieben und behauptet seinen Platz.

Präsident Eöbe gibt folgende Erklärung ab: Der Abg. Koenen habe sich zum Wort zur Geschäftsordnung gemeldet, um sich darüber zu beschlagen, daß im Hause Kriminalbeamte der Polizei anwesend waren. Diese Tatsache ist richtig. Diese Kriminalbeamten sind von mir selbst, und zwar seit einigen Monaten um das Haus gestellt worden, seitdem eine Anzahl von öffentlichen Drohungen gegen die Mitglieder der Reichsregierung und auch gegen den Reichstag erhoben worden sind. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß solche Drohungen nicht immer Drohungen geblieben sind. Daher las ich mich veranlassen, die hierfür notwendig erachteten Schutzmaßnahmen zu treffen. Aus diesem Grunde habe ich die Polizei draußen und drinnen aufgestellt.

Abg. Koenen (Komm.) erhebt zur Geschäftsordnung Einspruch dagegen, daß der Reichstag sich hinter die Polizeibehörde gestellt habe. Es handele sich nicht um Maßnahmen gegen angebliche Missetäter, sondern man wolle die Kommunisten und die Arbeiterdelegationen unter Druck stellen, damit sie ihre Meinung nicht sagen. Wenn der Präsident nervös und überreizt einen Abgeordneten hinauswerfen will, so ist das nur ein Erzeugnis militärdiktatorischer Stimmung. (Große Heiterkeit.) Die Wägen draußen werden das als Signal auffassen.

Abg. Dittmann (Soz.) bedauert außerordentlich, daß es zu diesem Antritt gekommen sei. Die sozialdemokratische Fraktion stehe aber auf dem Standpunkt, daß das Verhalten des Präsidenten korrekt war. Die Fraktion stehe einmütig hinter dem Präsidenten. Nicht weil er ein Mitglied der Fraktion sei, sondern weil er als Präsident genau nach der Geschäftsordnung verfahren sei. Der Präsident hat die Geschäfte des Reichstags zu führen, er hat auch seine Würde und Rechte zu wahren. Auch August Bebel hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Vertreter des Protektorats in allen Körperschaften, in die sie hineingestellt werden, sich unabhängig als Menschen zu benehmen haben. (Lebhafter Zustimmung.) Leider müsse festgestellt werden, daß die Kommunisten auch in diesem Hause nicht nach diesem Grundsatz verfahren sind. (Allgemeine Zustimmung.) Die Maßnahmen des Präsidenten waren in keiner Weise provokatorisch gegen irgend welche Partei. Es ist bekannt, daß Rathenau, ehe er im Grunewald erschossen wurde, hier im Hause erschossen werden sollte. (Hört, hört.) In diesem Hause fand auch eine Sitzung rechtsgerichteter Organisationen statt, der eine große Anzahl von Bewaffneten beimohnten, so daß der Präsident damals die Anwesenheit von Bewaffneten im Reichstag verhindern mußte. (Hört, hört.) An der Schwelle dieses Hauses ist der Abg. Koenen erschossen worden. (Hört, hört.) Es kann also niemand davon reden, daß eine Gefahr für das Leben der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder nicht vorhanden sei. Der Präsident hätte seine Pflicht verletzt, wenn er die nötigen Vorkehrungen nicht getroffen hätte. Die polizeilichen Maßnahmen

sind auch den Kommunisten ausdrücklich und im Einzelnen mitgeteilt worden. (Lebhafter Beifall, hört.) Der Präsident hat den kommunistischen Abgeordneten auf Ehrenwort versichert, daß diese Maßnahmen sich in keiner Weise gegen ihre Fraktion richten, sondern, daß es allgemeine Schutzmaßnahmen sind. Wir können die Haltung des Präsidenten nur billigen und sicherlich wird das ganze Haus es auch tun. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Eöbe stellt darauf fest, daß der ausgewählte Abgeordnete Kemmele sich noch immer im Saal befindet. Er richtet dabei an ihn die Frage, ob er den Sitzungssaal verlassen wolle.

Abg. Kemmele schüttelt verneinend den Kopf. Präsident Eöbe erklärt: Er tut es nicht! Dann schließt ich die Sitzung und beraume die nächste für Donnerstag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der politischen Aussprache. (Lebhafter Beifall.) Lärm bei den Kommunisten. Unruhe rechts.)

Der Sitzungssaal leert sich nur langsam.

Abg. Kemmele ist durch seine Weigerung nach der Geschäftsordnung auf weitere 8 Sitzungstage von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Schluß 5.45 Uhr.

Kein Mißtrauen, aber auch kein Vertrauen.

Berlin, 20. Nov. Vor der heutigen Reichstagsitzung fanden den Blättern zufolge noch einige Beratungen der Fraktionen und eine Sitzung des Reichstages statt. Es herrscht hier der Eindruck vor, daß Reichsanzler Dr. Stresemann den Wunsch hat, möglichst bald eine klare Entscheidung herbeizuführen. Man einigte sich dahin, die Debatte am Donnerstag zu Ende zu bringen, an welchem Tage dann auch die Entscheidung über die drei Mißtrauensanträge fallen wird. Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten haben beschloffen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen, bringen aber ihrerseits keinen Vertrauensantrag ein, da er keine Aussicht auf Annahme hat. Wie die Blätter hören, soll sich aber der Reichsanzler mit einem indirekten Vertrauensvotum durch Ablehnung der drei Mißtrauensanträge nicht begnügen wollen.

Havenstein plötzlich gestorben.

Berlin, 20. Nov. (Drahtber.) Wie die Reichsbank mitteilt, ist heute morgen Reichsbankpräsident Havenstein gestorben.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des Todes des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein an das Reichsbankdirektorium folgendes Schreiben gerichtet: „Die Nachricht von dem plötzlichen Hinscheiden Ihres Präsidenten Dr. Havenstein hat mich tief bewegt. Lange Jahre an der Spitze der Reichsbank Staatsbank und danach der Reichsbank stehend, hat Excellenz Havenstein in unermüdlicher Schaffenskraft und vorbildlicher Pflichttreue seine reichen Gaben und Erfolge in den Dienst der deutschen Volkswirtschaft gestellt. Was er insbesondere während des Krieges für die Aufrechterhaltung unserer Finanzwirtschaft geleistet hat, wird unvergessen bleiben. Dem Direktorium der Reichsbank werde ich zu diesem schweren Verlust meine aufrichtigste Teilnahme aussprechen. Mit dem Ausdruck meiner vorzähligen Hochachtung verbleibe ich Ihr ergebener aca. Ebert, Reichspräsident.“

Die Ausgabe der Rentenmark.

Berlin, 20. Nov. (Drahtber.) Der für heute angelegte Verkauf der Rentenmark durch die Reichsbank ist aus rechtlichen Gründen ausgefallen. Nur an den Lebensmittelhandel wurden Rentenmark im Austausch abgegeben. Die Sperre der Ausgabe von Rentenmark gilt nur für heute. Am Donnerstag sollen Rentenmark durch die Reichsbank wieder in Umlauf gegeben werden.

Die Rhein- und Ruhrpolitik des Reichsinnenministers.

Berlin, 20. Nov. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Tagblattes“ erklärte der Reichsminister des Innern Dr. Jarres, daß er bei jeder Gelegenheit sich entschlossen gegen separatistische und Ablosungsbestrebungen im Rheinlande gewandt habe. Demokraten, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale bildeten am Rhein eine Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung aller Ablosungsbestrebungen, auch solchen, die sich auf Lösung von Preußen richteten. Die gegenwärtigen unerträglichen Verhältnisse in der Rheinprovinz machten jedoch eine erweiterte Selbstverwaltung der Rheinlande auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet unumgänglich notwendig, um aus den verheerenden Auswirkungen der Okkupation herauszukommen. Entgegen anderslautenden Mitteilungen sind die getriggerten Bestrebungen mit Vertretern der besetzten Gebiete nicht ergebnislos abgebrochen worden, sondern haben vielmehr zu einer Klärung geführt.

Blutige Kämpfe mit Separatisten im Siebengebirge.

5. Köln, 20. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Kämpfe zwischen der Bevölkerung und den Separatisten in der Nähe von Königswinter sind blutiger und schwerer geworden, als nach den ersten Meldungen angenommen werden konnte. In den Bergen des Siebengebirges hat sich ein kraftvoller Separatist Selbstschutz gebildet. Die Separatisten hatten in der Schlacht am Neigandener 70 Tote. 50 Mann wurden gefangen genommen und in das unbesetzte Gebiet gebracht. Die Gesamtzahl der getöteten Separatisten in den Kämpfen im Siebengebirge soll 113 betragen. Es wird jedoch von zuverlässiger Seite glaubhaft berichtet, daß die Zahl der getöteten Separatisten sich mindestens auf 180 beläuft. In Hülse haben plündernde Separatisten einen Mann des Selbstschutzes erschossen. Darauf ging der Selbstschutz zum Angriff vor. Von den 30 Separatisten wurden 28 erschlagen.

Entwaffnung der Separatisten in Trier.

Köln, 20. Nov. Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg.“ aus Trier sind dort die Separatisten am Samstag entwaffnet worden und haben die von ihnen als Basis für die beschlagnahmten Wirtschaften räumen müssen. Eine Anzahl Separatisten verfügt jedoch über Waffenschätze und trägt heute noch Waffen. Die Maßnahmen sind auf vorhergegangene Verhandlungen der Behörden mit den Franzosen zurückzuführen. Der Aktionsausschuss der Separatisten, bestehend aus den Ingenieuren Keil und Weß und dem Oberbahninspektor Schwarz, unterhält ein Büro in der Präsidentenwohnung. Er darf aber keinerlei Kontrolle und keinerlei Eingriff in den Gang der Verwaltungsgeschäfte vornehmen. Die grün-weiß-rote Flagge ist vom Rathaus entfernt worden.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Trier: Am vergangenen Montag hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik den Oberverwaltungsrat Alfred sowie den Schriftleiter des „Trierer Volksfreund“ Rosenmann aus den Rheinlanden ausgewiesen. Bei der Station Eifelhofen hinter Limburg wurden die Ausgewiesenen den französischen Grenzposten übergeben. Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt dazu: Es ist nicht das erismal, daß die Separatisten sich die Macht anmaßen, Rheinische Bürger aus dem Bezirk zu entfernen.

Beziehung für immer!

London, 20. Nov. „Daily Express“ schreibt: Poincaré habe in seiner letzten Sonntagsrede erstmalig erklärt, daß Frankreich bereit sei, für immer im Ruhrgebiet zu bleiben. Bisher erklärte Poincaré stets, daß das Ruhrgebiet im Verhältnis zu den von Deutschland geleisteten Reparationen allmählich geräumt würde. Nun aber die Räumung unbestimmt bis auf den Tag zu verschieben, wo

Jean Paul über Frauen und Leben.

Ueber Jean Paul zu schreiben, erweist sich fast als sinnlos. Die ihn kennen, brauchen nichts als sein Selbstbekenntnis. Und welchen Sinn hätte es, denen, die ihn nicht kennen, etwas über ihn zu sagen? Da er aber für die Frauen, Dichtern, Gelehrten dieser Gegenwart nicht zu haben ist, die durch die Menge seines Geschriebenen davon abgehalten werden, sich in seine Fälle zu verketten, — für sie erscheint jedoch, von Eduard Berend-München befragt, im Propyläen-Verlag zu Berlin eine neue, auf die wichtigsten Werke sich erstreckende vierbändige Ausgabe von Jean Pauls Werken, — so muß man immer und immer wieder versuchen, aus dem unerlöschlichen Reichthum seiner Sätze einzelne herauszuheben. Man darf dabei nicht vergessen, weil sie einzeln stehend Wert haben, daß es nur abgebrochene Sätze eines unschätzbaren Gesamtwerkes sind. „Der Spiegel“, das neue Jahrbuch des genannten Verlages, reißt in nachstehender Folge eine Anzahl solcher einzelner Sätze zu einer hübschen Seite zusammen.

Zwei Dinge verlangt ein Mädchen am leichtesten: erstlich, wie sie aussieht — daher die Spiegel erkunden wurden —, und zweitens, worin sich das von das unterscheidet.

Der Mut gegen Weiber wird nicht angeboren, sondern erworben.

„Was haben wir nun davon?“ — sagte Idoine spät und nahe am Dorfe. — „Wir leben's voraus, daß wir zu weid würben, und eben uns doch hin. Darum nennen uns die Männer schmach. Sie bereiten sich auf ihre Zukunft durch lauter Abwarten vor und nur wir uns durch lauter Ermüdungen.“ — „Was soll man denn machen,“ sagte Antenne, „in Klaffe springen, auf Beize, auf Pferde und so weiter?“ — „Nein,

soige Idoine, „denn ich seh' es an meinen Bäuerinnen; sie leiden an Nerven bei aller Muskelarbeit so aut wie andere. Mit dem Geiste, alant' ich, mühen wir alle mehr zu tun und suchen; aber wir lassen immer nur die Finger und Augen sich über und regen, das Herz selber weid nichts davon und tut dabei, was es will, es träumt, meint, blutet, blüht. Ein wenig Philosophieren war uns dienlich; aber so geben wir uns allen Gefühlen abgeben dahin, und wenn wir denken, ist's bloß, um ihnen noch gar zu helfen.“

Die guten Weiber müssen immer die Himmelstempel tragen und halten, auf der die Männer ins Himmelblau und in die Abendröte steigen.

Nur die feinste Männerseele sondert in der weiblichen die zusammenlaufenden Grenzen der Selbsttäuschung und der willkürlichen Täuschung ab, der Schwäche und des Truas, des Zufalls und des Entschlusses.

Es wird besonders der Frau viel leichter, nachzugeben und Aufschwimmen, wenn sie recht, als wenn sie unrecht hat.

Schweigen bringt die beste Frau auf, die eben im Reiten ist.

„Wie doch,“ sagte sie, „die äußere Ruhe so leicht die innere aufhebt! Ein beschäftigtes Herz ist wie ein umgeschlungenes Gefäß mit Wasser; man halt' es still, so fließt es über.“

Die Menschen verraten ihre Absichten nie leichter und stärker, als wenn sie sie verhehlen.

Der Säuer ist unerlöschlich, nicht der Ernst.

Es kann, d. h. es muß noch eine Zeit kommen, wo es die Moral befehlt, nicht bloß andere ungequält zu lassen, sondern auch sich; es muß eine Zeit kommen, wo der Mensch schon auf der

Erde die meisten Tränen abwischt, und wär' es nur aus Stolz! —

Das erste, was wir am Schmerze — wie am Jozn — zu bekämpfen oder zu vermeiden haben, ist seine allfähe, lähmende Süßheit, die wir so ungerne mit der Arbeit des Tröstens und der Vernunft vertauschen und vertreiben.

Armut ist die einzige Last, die schwerer wird, je mehrere Geliebte daran tragen.

„Ich kenne dich, Leben, und nehme dich überall gan; du bist ein Sausball in Paris, worin man nicht den ganzen Ball zu besahen braucht, sondern einen und den andern Tanz, wofür man wenige Saus ansieht. — Du bist eine Kreuzerkönigin in Bayern, die man nicht ganz auszuhören braucht, sondern aus welcher man sich, da sie immer währt, für seinen Kreuzer seine Szene wählt und dann fortgeht, indes andere bleiben und kommen.“

Ich wollte, es wäre nicht so vieles in diesem dünnen Leben wichtig, sondern man hätte aus einer oder ein paar Millionen Dinge sich wenig zu machen und könnte ruhig sich aufs Ohr legen.

Theater und Musik

Das neue Drama von Schmidhonn und anderes Theater in München. Das neue Drama von Wilhelm Schmidhonn ist ein Auswundererstück und heißt „Die Rabi nach Drolid“. Es ist ein Drama zerbrechender Herzen. Dem Ingenieur Drolid und den Seinen brach das Herz wegen des zerbrochenen Europas, und da sie ihm den Rücken wandten, brütet es ihnen nun sozusagen in natura; in ersten Akte der Gattin und Mutter, die Europa nicht vergessen kann, und im dritten dem Vater, dem Apostel aus dem Stamme der Max Stirner, der erkennen muß, daß seine Tochter nicht gewillt ist, seine Rucht

„An die Einfachheit“ der Höhe mitzumachen, sondern es vorzieht, dem sich gewonnenen Gestehten in die Gemeinheit der Menschen zu folgen. Sie steht auf der Seite derer, die erkennen, schlechte Menschen zu sein und danach streben, bessere zu werden und kehrt sich vom Vater, der überbeißig und etwas überbeißig die Menschen ablehnt und ein neues Geschlecht gründen will. Er hat, so alt und weiterfahren er ist, recht romantische Ideen, will die Weltgeschäfte ungeschicklich machen und altesiam mit dem höchsten Schöpfungsstadium und dem Barock wieder anfangen. Er ist er ganz allein steht, wird er weicher und relativ sich willens, die von den anderen Auswunderern ihm angetragen Rolle eines Führers im fremden Lande zu übernehmen. Aber da ist's zu spät. Ein Größter hat seine Hand auf ihn gelegt. Er stirbt. An Europa, wie es den Fremden dünkt. Aus dramatischem Hwang, durch die Feder seines Erzeugers, wie es uns erscheint. Denn ein Drama muß einen Schluß haben. Und eine Hysterie selbst eine, die zu nichts Schlimmerem führt, als zu Menschlichkeit, gehört gekraft. So will es die dramatische Gerechtigkeit. Immerhin ist das abgedruckte Herz eine höchst diffizile Todesurkunde, und auch ein Dichter sollte parat sein mit dadurch verurteilten Todesfällen umgeben. Der erste Fall, die Mutter, hätte genügt. Das Drama ist mit dem ersten Akte eigentlich schon zu Ende. Daß die treue Gattin an seinem „Plane“ zurundegeht, ist für den Ingenieur eine so ärztliche äußere und innere Abschlacht, daß sein Drolid in ihm und für ihn zusammenbrechen mußte. In diesem ersten Akte werden sich die dramatischen Kontraste, wirkt sich das Gegenüber der Weltanschauungen gegensätzlich und eindringlich aus, und es entsteht eine aus starken, historischen Mitteln gewebte Spannung. Die Charakteristik und tiefen Eindruck erzeugt. Später verbleibt das vielfach in Dialektischem und Theorie. Drolid, zuerst noch Träger einer Idee, erscheint als ein von seiner Idee Besessener und er wirkt als manisch Irrender. Das alles soll uns aber nicht hindern, auch in diesem Stücke Schmidhonn's das Werk eines hart und echt dichterisch Empfindenden zu

Frankreich sich gegen Angriffe nicht abgeben, sei offensichtlich gleichbedeutend mit der Besetzung für immer. Poincaré's Erklärung verwehrt die Schwierigkeiten innerhalb der Entente. Die britische Regierung werde sich einer derartigen Politik widersetzen und der britische Botschafter in Paris sei angewiesen, auf der Botschafterkonferenz jedem Vorschlag, welches deutsches Gebiet zu betreten, energisch entgegenzutreten.

Zulassung der Rentenmark im linksrheinischen Gebiet.

20. Nov. Wie die „Volkszeitung“ aus vollkommen zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat die Rheinlandkommission beschlossen, die Rentenmark im linksrheinischen Gebiet zuzulassen. Der Umlauf der Rentenmark ist daher für dieses Gebiet genehmigt worden.

Die Lage in der Pfalz.

Mannheim, 20. Nov. (Drahtber.) Wie wir von der alten Regierung der Pfalz hören, soll die Lage in der Pfalz unter der separatistischen Regierung die gleiche bleiben sein. Seitens der separatistischen Regierung der Pfalz wurde dem Bezirksamt in Ludwigshafen angedeutet, daß in den nächsten Tagen die Besetzung der Stadt durch Separatisten erfolgen soll. In dem Schreiben der Separatisten an die Stadt heißt es:

„In der Annahme, daß Ihnen daran gelegen ist, die mit dem Einziehen unserer Truppen unvermeidliche Beeinträchtigung der Bevölkerung zu verhindern, erlauben wir Sie um eine Erklärung, daß Sie gegen unsere Regierung keine feindseligen Maßnahmen einnehmen und nicht gegen sie konspirieren werden. Sofern Sie uns diese Erklärung umgehend abgeben, wird eine allgemeine Besetzung des dortigen Gebietes unterbleiben. Auch kann in diesem Falle innerhalb weniger Tage die Bevölkerung durch uns mit billigen Lebensmitteln in ausreichendem Umfange versorgt werden. Wir erlauben Sie, entweder umgehend durch Einschießung der Besetzung oder durch eine Abordnung diese Zulage auszusprechen. Die Regierung der autonomen Pfalz, des Mos.“

Auf diesen Brief hat das Bezirksamt Ludwigshafen überhaupt nicht geantwortet.

Wie wir weiter hören, soll seitens der separatistischen Regierung in Speyer erneut die Anwerbung von Leuten stattfinden, welche vermutlich zu Polizeitruppen ausgebildet werden sollen.

In Schifferstadt fand gestern ein heftiger Kampf zwischen Separatisten und Bürgern statt, wobei letztere zwei Tote, die Separatisten mehrere Verwundete gehabt haben sollen.

In Neustadt a. S. wurden sieben Bürger als Geiseln verhaftet, weil sie im Zusammenhang mit der Schachtel bei Hahnhofen und Lambrecht, bei der sechs Separatisten getötet worden seien, stehen, stehen sollen.

In Pirmasens sind Spanier einetroffen, wahrscheinlich als Vorboten der in den nächsten Tagen eintreffenden Separatisten. Bis jetzt ist die Lage ruhig.

Die Meldung über die Verhaftung des Oberregierungsrats Jacob trifft nicht zu. Oberregierungsrat Jacob befindet sich nach wie vor auf seinem Posten.

In Kaiserslautern wurde der Oberlandesgerichtspräsident Müller von Separatisten verhaftet, weil er eine auf dem Landratsgebäude gebaute Anlage der Separatisten entfernen ließ. Es wird mit weiteren Ausweisungen von Beamten angedroht. — Die „Pfälzische Presse“ und der „Pfälzische Volksbote“ sind auf je drei Tage verboten worden.

Heraus mit den Gefangenen von Rhein und Ruhr!

Sie haben ihren waffenlosen Kampf für die Freiheit ihrer Heimat und ihres Vaterlandes mit dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit büßen müssen. Neigt und Menschlichkeit, die Achtung vor dem nationalen Ehrgefühl, das jede Nation als ihr heiligstes betrachtet, gebietet

Frankreich und Belgien, diese Männer ihrer Freiheit, ihrem Vaterlande und ihrer Familie wiederzugeben!

Aus dem Offenburger Gebiet.

7. Offenburger, 20. Nov. Die neue Offenburger Polizei hat am Montag früh ihren Dienst aufgenommen. Es sind 20 Mann, die u. a. in Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Konstanz, Rastatt im Dienst stehen und hier her beurlaubt sind. Die Leitung hat Oberwachmeister Klaf von Florheim. Die Gendarmerie dürfte mit 16 Mann im Laufe dieser Woche eintreffen.

Die verschiedentlich verbreitete Mitteilung, daß die Strecke Reil—Appenweiler an die Regie falle, wogegen die Strecke Appenweiler—Offenburg an die deutsche Verwaltung zurückgegeben werde, trifft, wie der „Staatsanzeiger“ berichtet, nicht zu. Die Frage des Verkehrs im badischen besetzten Gebiet ist noch nicht entschieden, sondern noch Gegenstand von Verhandlungen.

Deutsches Reich

Scharfe Kritik an Stresemann.

Der Pariser Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ berichtet seinem Blatt über die harten Meinungsverhältnisse zwischen Paris und London, die bei den Beratungen der Botschafterkonferenz sichtbar geworden sind. Dazu macht der Berichterstatter folgende Bemerkung: „Die französische Diplomatie hat in ihrem Kampfe gegen England in Herrn Stresemann selbst einen unerwarteten Bundesgenossen gefunden. Dessen Äußerungen im Zentralauschuß der Volkspartei, deren Einbruch in den Kreisen der alliierten Diplomatie mit dem Ausdruck „höchst peinlich“ sehr gelinde bezeichnet ist, haben Herrn Poincaré eine Waffe in die Hand gegeben, wie sie dieser besser sich nicht wünschen konnte. Wenn irgend etwas dazu angeht war die Entente aller Divergenzen zum Trotz erneut zusammenzufassen, so ist es der wirklich unbegreifliche Diktatorismus, mit dem sich Herr Stresemann in der Öffentlichkeit seiner außenpolitischen „Erfolge“ rühmt und es sich als besonderes Verdienst aufzuführen zu können glaubt, die Alliierten gepöbeln und Frankreich in eine Isolierung gebracht zu haben, die es auf die Dauer nicht aushalten könne. Mit dem Hinweis darauf dürfte es Poincaré nicht schwer fallen, die starke Gegnerschaft, die seiner Politik in den letzten Tagen in den führenden politischen Kreisen erwachsen war, und die selbst ein Blatt wie den „Temps“ in das Lager der Opposition gebracht hat, zum Schweigen zu bringen.“

Erwartungen auf Auslandskredite.

Berlin, 20. Nov. Ueber die in Aussicht stehenden ausländischen Kredite weiß die „Voss. Zig.“ noch mitzuteilen, daß es sich um Kredite Amerikas, Englands und Hollands handelt. Hervorragende Bankfirmen aus diesen drei Ländern sollen sich dem Blatt zufolge an der Errichtung der Goldnotenbank, welche die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems bilden soll, mit Summen bis 140 Millionen Goldmark beteiligen. Wie es heißt, soll die Paraphierung in den nächsten Tagen erfolgen.

Phantasien.

Berlin, 20. Nov. (Drahtber.) Der politische Beobachter des „Daily Telegraph“ behauptet, General v. Seeckt habe aus Rußland alle deutschen Offiziere zurückberufen, die in Sondermissionen bei der Roten Armee und in den Munitionsfabriken beschäftigt seien. Die den Sowjets amtlich abgegebene Erklärung habe gelautet, daß die Reichswehr all ihre Offiziere notwendig habe.

Diese Meldung ist, wie von amtlicher Seite festgestellt wird, in vollem Umfang frei erfunden. Die Reichswehr konnte Offiziere aus Rußland nicht zurückberufen, weil niemals Deutsche in Sondermissionen bei der Roten Armee oder in russischen Munitionsfabriken beschäftigt gewesen sind.

Somerzet Mohal mit dem „Gelobten Land“, Anders Herz mit „Dangoor Hof“ u. a. Ein Teil dieser Dramen wird auf den Arbeiterbühnen zur Aufführung gelangen, die bei einer Reihe von Fabriken gegründet worden sind und von einem besonderen Theaterkomitee geleitet werden.

Das erste deutsche Bühnenspielfest in Rußland seit 1914. Das Ensemble des Wiener Nationaltheaters wird im Januar 1924 in Moskau und Petersburg gastieren und folgende Werke zur Aufführung bringen: „Bauwan“, „Der Gelbe“, und „Der eingebildete Kranke“. In allen diesen Stücken wird Ballenberg die Hauptrolle spielen. Dieses Gastspiel ist das erste deutsche Ensemble, das seit 1914 wieder in Rußland gastiert.

Kunst und Wissenschaft

Wiedereröffnung des Deutschen Kunsthistorischen Institutes in Florenz. Das seit Kriegsbeginn geschlossene Deutsche Kunsthistorische Institut in Florenz hat erfreulicherweise seine Tätigkeit wieder aufnehmen können. Die Anstalt, die 1899 von deutschen und österreichischen Gelehrten und Kunstfreunden ins Leben gerufen und mit privaten Mitteln neben einem kleinen Zuschuß des Reiches unterhalten wurde, mußte finanziell auf eine neue Basis gestellt werden. Das ist der Unermüdlichkeit Wilhelm v. Bode's gelungen, indem er die Mitglieder des Vereins zur Erhaltung des Institutes, besonders in den neutralen Ländern, für das Fortbestehen einer Forschungsstätte zu interessieren wußte. Für deren Bedeutung die Tätigkeit der früheren Direktoren Prof. Heinrich Bruchhaus, Dr. von der Gabelens und die Reize der vom Institute herausgegebenen und geförderten Veröffentlichungen sprechen. Die italienische Gelehrtenwelt, die sich in Zusammenarbeit mit der Anstalt an der gemeinsamen Aufhellung der Kunst des Mittelalters und der Renaissance in Italien beteiligte, hat der Wiedereröffnung die Wege

Die Strafverfolgung der Münchener Buschfälscher.

6. Berlin, 20. Nov. (Eig. Drahtber.) Einer Korrespondenzmeldung zufolge soll die Reichsregierung beschließen haben, das Münchener Polizeipräsidium anzuordern, die bei dem letzten Hiltrup in München beteiligten Personen zu verhaften. Diese Nachricht trifft nach unseren Informationen nicht zu. Die Strafverfolgung der Buschfälscher in Sache des Oberreichsanwalts. Die Durchführung der etwa vom Oberreichsanwalt angeordneten Maßnahmen ist sodann Sache der Organe des Oberreichsanwalts. Ein weiterer Schritt könnte erst erfolgen, wenn etwa Bayern sich der Durchführung solcher Maßnahmen widersetzen sollte. Das ist aber bis jetzt nicht der Fall gewesen.

Zunächst keine Regierungskrise in Bayern.

München, 20. Nov. (Drahtber.) Zu den von Berliner Blättern verbreiteten Gerüchten über eine Regierungskrise in Bayern und den noch in dieser Woche zu erwartenden Rücktritt des Ministerpräsidenten von Knilling erfahren die „Münchener Neuesten Nachrichten“, daß daran kein wahres Wort sei. Die „Münchener Zeitung“ schreibt dazu:

Daß sich verschiedene Kabinettsmitglieder vielleicht eine gewisse Arbeitsmüdigkeit bemächtigt hat, ist nicht verwunderlich. Auch ist es kein Geheimnis, daß in der bayerischen Volkspartei verschiedene Eindrücke vorhanden sind. Heute findet eine Sitzung des Vorkomitees des Landtages, in der über den Zusammentritt des Plenums Beschluß gefaßt werden soll, statt. Nach dieser Sitzung wird man wohl etwas klarer in die nächste Zukunft der innenpolitischen Politik blicken können.

Bayern und die Schaffung neuen Geldes.

München, 20. Nov. Der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ zufolge vertreten in der Bähringstrasse die zuständigen bayerischen Minister den Standpunkt, daß der bayerische Staat nicht in der Lage sei, eine eigenständige Währung zu schaffen, da abgesehen von der Devisenfrage hierfür auch noch andere Voraussetzungen gegeben sein müßten. Es könne sich daher bei den weiter zu treffenden Maßnahmen nur um eine Hilfsaktion handeln, die zur Unterstützung der Maßnahmen des Reiches dienen kann, bis die neue Währung sich durchgesetzt hat.

Erleichterung der Steuerzahlungen.

Von amtlicher Seite wird berichtet:

Der Reichsminister der Finanzen hat in Verfolg der Vorstellungen, die verschiedene Länder, darunter auch Baden erhoben haben, durch Erlass vom 5. November 1923 an die Landesfinanzämter im Hinblick auf die dauernde Markentwertung und ihre verheerende Wirkung auf die allgemeine Wirtschaftslage die bei den Aufstufungsbeschlüssen (Landabgabe, Arbeitsverabgabe, Abrechnungsverabgabe, erhöhte Einkommensteuervorauszahlungen) zugewiesenen Erleichterungen wesentlich erweitert. Danach sollen Gesuche um Stundung und Erlass der Abgaben mit wirtschaftlicher Unvoreingenommenheit und wirtschaftlichem Verständnis entschieden werden. Bei leistungs-schwachen Steuerpflichtigen darf vor allem die Einziehung der Steuer nicht dazu führen, daß Betriebe zum Erliegen gebracht oder wirtschaftliche Existenzen vernichtet werden. Es dürfen daher insbesondere auch Steuerpflichtigen nicht die zur Fortführung eines Betriebes notwendigen Betriebsmittel gepfändet werden. Wenn volarisierte Stundung der Abgaben nicht die erforderliche wirtschaftliche Erleichterung bringt, so soll geprüft werden, ob nicht unvollständiger Stundung und Erlass zweckmäßiger ist. Hinsichtlich der Landabgabe sollen die kleineren Betriebe mit besonderer Schonung be-

handelt werden. Dies gilt namentlich für solche Fälle, in denen der Betrieb das einzige Vermögen des Steuerpflichtigen bildet und die aus den Betrieben gewonnenen Erträge nur zum notwendigen Unterhalt für den Pflichten und seine Familie ausreichen. In derartigen Fällen soll die Landabgabe erlassen werden. Aber auch bei mittleren und größeren Betrieben kann sich durch Verschärfung der Wirtschaftslage die Gewährung steuerlicher Erleichterungen als notwendig erweisen. Wird in solchen Fällen gestundet, so kann dies zinslos gelassen. Wird eine am Erlös eines Monats fällige Rate noch im Laufe dieses Monats gezahlt, so sollen Zinsen nicht erhoben werden. Auch sonst kann gegebenenfalls die Erhebung von Zinsen unterbleiben. In dem für die Bemessung der Abgabe grundlegenden Wertberichtsvermögen soll dann nicht hart festgehalten werden, wenn seine Zugrundelegung zur Folge haben würde, daß die Abgabe insbesondere der Fall sein, wenn bei der Mehrertragveranlagung der gemeine Wert zugrundegelegt worden ist und hierdurch die Landabgabe eine wesentlich höhere Belastung eintreten würde, als es bei der Zugrundelegung des Ertragswertes der Fall sein würde. In solchen Fällen sollen die Finanzämter ohne Rücksicht auf die Höhe des zu erlassenden Betrages durch entsprechende Teilerlass der Abgabe Abhilfe schaffen. Am übrigen sind namentlich die Finanzämter zum Erlass von Beträgen bis zu 30 Goldmark und das Landesfinanzamt zum Erlass von Beträgen bis zu 150 Goldmark befugt.

Da die Arbeitgeberabgabe keine Rücksicht darauf nimmt, in welchem Verhältnis die Arbeitslöhne zu den gesamten Unkosten stehen, können in einzelnen Fällen, wie z. B. im Baugewerbe, Härten entstehen. Alle Gesuche um Erlass oder Ermäßigung der Arbeitgeberabgabe sollen unter diesem Gesichtspunkt besonders sorgfältig geprüft werden. Es muß auch vermieden werden, daß lediglich durch die Arbeitgeberabgabe Betriebsstörungen eintreten können. Weiter muß unbedingt Rücksicht darauf genommen werden, daß zahlreiche Handwerker aus Mangel an Aufträgen und Beschäftigung schon einen großen Teil ihrer Arbeiter und Angestellten haben entlassen müssen. Ferner muß gegebenenfalls mit Erlass, Ermäßigung oder Stundung abgeholfen werden, wenn Inhaber von Betrieben Verträge, die sie vor Inkrafttreten der Arbeitgeberabgabe abgeschlossen haben und bei denen sie daher die Arbeitgeberabgabe naturgemäß noch nicht haben einzahlern können, erst nach dem Inkrafttreten der Arbeitgeberabgabe ganz oder zum Teil zu erfüllen haben; denn die Abwälzung auf den Auftraggeber ist nicht zulässig. Der wirtschaftlichen Lage des Einzelnen muß also verständnisvoll Rechnung getragen werden. Niemand darf die Erhebung der Abgabe dazu führen, daß der Betrieb zum Erliegen kommt oder wirtschaftliche Maßnahmen vorgenommen werden müssen, die ihm billigerweise nicht zugemutet werden können. Die Befugnisse der Finanzämter und des Landesfinanzamts zum Erlass der Arbeitgeberabgabe sind die gleichen wie für die Landabgabe.

Es wird nunmehr Sache der Steuerpflichtigen sein, sich die vom Finanzminister herausgegebenen Richtlinien zunutze zu machen.

Sport/Spiel

Hockey.

Adem. Hockeyklub Karlsruhe — Mannheimer Turngesellschaft 5:0 (3:0). Am Sonntag empfing die Mannheimer Turngesellschaft den Adem. Hockeyklub Karlsruhe auf ihrem Platze, der trotz vorheriger heftiger Regengüsse sehr gut spielbar war. Während des ganzen Spieles setzten sich die Karlsruher ihren Geistes überlegen. Die Mannheimer Mannschaft zeigte Ballbeherrschung und verständnisvolles Zusammenhalten. Die Verteidigung ist der härtere Teil der Mannschaft. Der Adem. Hockeyklub hatte im Sturm die bis bewährten, Torwart, Verteidiger und Spieler verleiht. Infolge der sehr frühen Arbeit, die Sturm setzte im Gegensatz zu früheren Spielen lebhaftes Spielvergnügen, was auch im Resultat zum Ausdruck kam.

Kleines Feuilleton

Beamtenhuren. Dem „Brunner“ möchte ich zu seinen Beamtenhuren in der letzten Sonntagsausgabe noch folgende wahre Geschichten erzählen: Verheiratet und gefürchtet ob ihrer Kleinlichkeit und Klammervateri waren bekanntlich die früheren Militärintendanten. So geschah es einmal, daß ein Provinzialamt zum Bericht angefordert wurde, warum die Ämter der letzten Konvention noch nicht zurückgeliefert worden seien. Nachdem der Herr Inspektor in einem eingehenden Bericht klarzumachen versuchte, daß er in Ermangelung jeglichen Brennmaterials die Ämter zum Feuern verwenden mußte, kam das Schreiben mit der Frage zurück: Was ist aber mit den Nägeln geschehen? Prompt erfolgte die Antwort: Sie sind vernagelt! G. z.

Humor.

Die Quelle. „Woher lernt denn Ihr Junge die entsetzlichen Schimpfwörter?“ — Wir wohnen neben dem Finanzamt. („Jugend“.) Ein Stäubchen. „Woher haben Sie denn solch entzündetes Auge?“ — Mir ist für ein paar launigen Mark Kohle hineingeflogen. („Jugend“.) Die Zukunft. „Und der Onkel Jakob in Amerika hat dem Kleinen zur Lauf'nen Dollar geschickt.“ — „Dess, was wird der wert sein, wenn das Kind groß ist!“ („Wegendorfer Blätter“.) Der Ausweg. „Meine Herren! Das neue Ministerium hat durchgreifende Änderungen des Lehrplans verlangt. Wir werden also die Vormittagsvorlesungen auf Nachmittags und die Nachmittagsvorlesungen auf Vormittags verlegen!“ („Wegendorfer Blätter“.) Eingekündigt. „Hier schreibt dir ein gewisser Anoll einen Brief, der von Beleidigungen geradezu frohrt. Er nennt dich Gauner, Lump, Schuft, Betrüger. Wer ist denn der Reich?“ — „Keine Ahnung! Ich möchte nur wissen woher der mich kennt.“ („Wegendorfer Blätter“.)

Aus dem Stadtkreise

Aus der Stadtratsitzung vom 15. November.

Von der Straßenbahn. Die Teilsprede „Krankehaus“ der Linie 5 wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Strecke Stöckstraße-Marktplatz kann demnach mit einem Schein eines 2 Teilspredefahrtscheines befahren werden.

Reinigung der privaten Entwässerungsanlagen. Das Tiefbauamt besorgt seit Oktober 1918 auf Antrag der Eigentümer von Gebäudegrundstücken gegen Entgelt die Reinigung privater Entwässerungsanlagen. Da von der Einrichtung nur wenig Gebrauch gemacht wurde, hat der Stadtrat beschlossen, sie aufzuheben. Die bestehenden Verträge werden auf 1. Januar 1924 gekündigt.

Weihnachtsverkauf der Winternothilfe.

Die gewaltige Not, von der als Folge der durch den Geldwertverlust namentlich die Kreise der bedauernswerten Klein- und Sozialrentner betroffen werden, ist an dieser Stelle schon wiederholt gewürdigt worden. Trotz der tiefen Summen, die das Reich, der Staat und die Stadt für diese bedauernswerten Opfer der Zeitverhältnisse aufwenden, trotz der dankenswerten, immer neu einsetzenden Hilfe ebendieser Wohlthäter im In- und Auslande, trotz der unermüdeten Fürsorge von einzelnen Wohlthätigkeitsvereinen aller Art wissen viele von jenen Notleidenden nicht, wie sie bei den dringenden Forderungen ihrer Familien fristen sollen. Schon vieles hat auch der Badische Frauenverein zur Verringerung der Not in diesen Tagen beizutragen vermocht, namentlich durch Unterstützung mit Geld, Lebensmitteln und Kleidem, ferner durch Vermittlung von Arbeitsgelegenheit und schließlich durch die von ihm ins Leben gerufene, seit Februar ds. J. tätige ständige Verkaufsvermittlung im Anwesen des Noten Kreuzes, Stefanienstraße 74, die es bedürftigen Angehörigen des Mittelstandes ermöglicht, im Haushalt erforderliche Gegenstände aller Art jederzeit in diskreter Weise zum Verkauf zu bringen. Alle diese Mittel und Einrichtungen, die darauf abzielen, dem bedürftigen Mittelstande die drückenden Sorgen zu erleichtern, erweisen sich aber gerade jetzt als unzulänglich, weil die Not durch die sprunghafte Wertentwertung der letzten Wochen gar zu groß geworden ist.

Als weitere Hilfsmaßnahme hat nun die Stadt Karlsruhe nach bewährten früheren Erfahrungen im Rahmen der „Winternothilfe“ für die Tage vom 20. November bis einschließlich 2. Dezember wiederum einen Wohlthätigkeitsverkauf vorgezogen, bei dem sowohl abgelieferte gebrauchte wie neue gekaufte Gegenstände aller Art in der Festhalle öffentlich verkauft werden. Da die Durchführung dieser Wohlthätigkeitsveranstaltung den hiesigen Frauengruppierungen übertragen worden ist, hat auch der Badische Frauenverein, Zweigverein Karlsruhe, dessen wohlgelungene Verkäufe in den Räumen des Noten Kreuzes noch in aller Erinnerung sind, sich in den Dienst der guten Sache gestellt. Eifrige Hände sind bereits bei der Arbeit und nehmen die schon zahlreich für den Verkauf eingehenden Gegenstände (Hausat, Schmuck, Bilder, Bücher, Noten, Spielsachen, Handarbeiten und dergleichen) von heute an täglich entweder von 9 bis 12 Uhr in der Verkaufsvermittlungsstelle, Stefanienstraße 74, Hof rechts, oder von 3 bis 4 Uhr in den Verkaufsräumen des Badischen Frauenvereins, Kaiser-Allee 10, Zimmer Nr. 5, entgegen. Die Annahmestellen des Badischen Frauenvereins sind gleichzeitig auch Annahmestellen des Kleiderwerbendes und des Deutschen Offiziersbundes Karlsruhe.

Um auch für die allgemeine Winternothilfe einen größeren Reinertrag zu erzielen, wendet sich der Badische Frauenverein an die Allgemeinheit mit der freundlichen Bitte, ihm für den Verkauf Gegenstände aller Art, neue oder gebrauchte, besonders auch Lebensmittel oder dergleichen zur Verfügung stellen zu wollen. Die Annahme dieser geschenkten Gegenstände findet täglich von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 6 Uhr im Ludwig-Wilhelm-Krankenheim, Zimmer Nr. 4, statt. Eine Reihe hiesiger Firmen hat bereits in dankenswerter, vorbildlicher

Weise dem Verein Naturalien und Erzeugnisse ihres Geschäftsbetriebes überlassen, für die auch an dieser Stelle aufrichtig gedankt sei. Bemerkenswert ist noch, daß die Auszahlung des Erlöses der im Auftrage der Mittelstandsgeschäftlichen verkauften Gegenstände in wertvollen dringenden Fällen können Abschlagszahlungen bei der Annahme der Gegenstände geleistet werden.

Wertbehändiges Notgeld der Bad. Landwirtschaftskammer. Die Badische Landwirtschaftskammer gibt mit Genehmigung des Reichsministers der Finanzen Notgeld heraus in Stücken zu 1 Dollar = 420 Gm., 1/2 Dollar = 210 Gm. und 1/4 Dollar = 105 Gm. Das Notgeld wird zu den bekannten Bedingungen (Zinseinstellung von Reichsgoldanleihe oder Zinseinstellung auf Goldanleihe usw.) ausgeben. Es ist in erster Linie bestimmt, den Zahlungsverkehr zwischen Erzeuger- und Verbraucherkreisen zu erleichtern und insbesondere auch die Lebensmittelversorgung sicher zu stellen. Die Ausgabe der Notgelder erfolgt durch Vermittlung der B. Girozentrale, Zweiganstalt Karlsruhe, der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Karlsruhe, der Bad. Landwirtschaftsbank in Karlsruhe und der Bad. Bauernbank in Freiburg. Das Geld kommt am 22. November 1923 in Verkehr. Die Ausgabe des Notgeldes entspricht einem dringenden Bedürfnis. Das Notgeld der Landwirtschaftskammer eignet sich besonders als Umlaufmittel im ganzen Land, da die genannten Banken nicht ihren Filialen und alle an die Girozentrale angeschlossenen Sparcassen das Notgeld nach Aufruf einlösen.

Erläuterungen der Reichsbahn in Goldmark. Nachdem vom 1. November ab die Goldmarktarife im Güterverkehr eingeführt sind, werden auch alle auf Goldmark lautenden Erläuterungen und Nachrechnungen von Frachten usw., sowie alle sonstigen auf Goldmark lautenden Zahlungs- und Einziehungsbeträge, soweit sie in Reichsmark abgewandelt werden, zu dem am Tage der Auszahlung oder Einholung gültigen Kurse umgerechnet.

Anzeigenschlüsselzahl. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für die Anzeigen mit Wirkung vom 21. November ab auf 1400 Millionen erhöht.

Im Colosseum erragt vor allem das Gastspiel von Karl Scherber die ungetriebene Aufmerksamkeit und Bewunderung. Scherber ist ein Universalgenie, der alle Gebiete seiner Tätigkeit virtuos beherrscht, als da sind: Malerei, Aquarell, Skulpturen, Gedächtniskunst, Handballspiele usw. Er vermag den ganzen zweiten Teil des Programms und zwar in verblüffend hervorragender Weise auszuführen. Gleich die ersten Handfertigkeitsstücke vermögen ob ihrer eleganten Ausführung zu fesseln. Die in schöner Handhabung gemalte und höchst apart gehaltene Parodie zeigt durchaus künstlerischen Gehalt und verdient ein besonderes Lob. Sie beschränkt sich nicht auf die üblichen Plakatskizzen, sondern belebt durch feine Details. Alles Gebotene kann natürlich nicht beschrieben werden. Ein Extra-Hinweis sei aber noch der Gedächtnisleistung gewidmet, bei der Scherber Billionenkolonnen vor- und rückwärts herauf und ab herunterzählt. Die Schnelligkeit der Ausführung ist erstaunlich. Sehr hübsch und eindrucksvoll ist die Parodie auf die chinesische Art, nicht zuletzt wegen der sehr gefälligen Kostüme. Jedemfalls läßt es das Gastspiel als raffiniert erscheinen, das Colosseum zu besuchen. Das übrige Programm wird eingeleitet durch amüsante und abwechslungsreiche Tanzdarbietungen der niedlichen Friedel Heidemann im grotesken, Satiren- und Modegenre. Der Verlust der 3 Warrins übertrifft an Sorgfalt der Ausführung und an Kühnheit alles bisher Gesehene. Eine weitere große Attraktion ist Guß mit dem eisernen Müsteln, der in physischer und artistischer Beziehung eine Lebenswürdigkeit darstellt. Seine Kraftleistungen geben ins Phänomenale. Die lustige Parierarbeit und Vorkampfpardie der zwei Pierrots erheitert auch hier aufs köstlichste. Ein sehr unterhaltender Abend ist gewährleistet und durch lebhaften Beifall anerkannt.

Theatergemeinde des V.V.B. Wie im Vorjahr veranstaltet die Theatergemeinde auch dieses Jahr eine Weihnachts-Bühnen-

Inszenierung. Sie will damit in dieser Zeit, da die wirtschaftliche Not immer mehr alle kulturellen Bedürfnisse unbefriedigt läßt, ihren Mitbürgern die Möglichkeit geben, sich eine gediegene Weihnachtsfeier zu verschaffen. Dank außerordentlichen Entgegenkommens einer Reihe von sehr guten Verlagen ist die Theatergemeinde in der Lage, etwa 2000 hochwertige und gelegene gebundene Bücher (dramatische, erzählende und allgemein belehrende Inhalts, durchweg Neuerscheinungen der letzten 2-3 Jahre) zur Verlosung zu bringen. Ausnahmslos auf jedes Los entfällt ein Buchgewinn im Wert von 1 M bis 6 M (mal Buchhändlerzuschlag). Das bedeutet bei einem Lospreis von 0,84 Goldmark eine ganz außerordentliche Beausverhältnisse. Die Lose kommen bereits jetzt in der Geschäftsstelle der Theatergemeinde zur Ausgabe und werden ab 15. Dezember gegen Auszahlung der Büchergewinne eingelöst. (Val. Interat.)

Sturmrisiken. Der am letzten Samstag in den Abendstunden in ganz Mittelbaden aufgetretene orkanartige Sturm hat auch im elektrischen Freileitungssystem des Badenverkes nicht unbedeutenden Schaden angerichtet. So wurden in der Gegend von Walsch 5 Hochspannungsmasten abgebrochen, so daß die Leitungen rissen und an den Wäldern geworfen wurden, wodurch eine kurze Unterbrechung in der Stromlieferung eintrat.

Unfall mit Todesfolge. Der Hilfsarbeiter Helfer aus Forchheim, der am 14. November auf der Forchheimer Landstraße von einem Auto überfahren und lebensgefährlich verletzt ins Stadt Krankenhaus eingeliefert wurde, ist im Laufe des Sonntag seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Der Führer des Autos ist ein Arzt aus Mannheim.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Personauto und einem Fuhrwerk erfolgte am Montag nachmittags Ecke Kaiser- und Waldstraße dadurch, daß die Führer beide Fahrzeuge die Straßenpolizeistellen Vorführer nicht beachtet.

Schwere Körperverletzung. Am Sonntag nachmittags stieß ein 16 Jahre alter Handwerkschüler von hier in einem Laufe der Stefanienstraße ein 14 Jahre altes Mädchen die Kellertreppe hinunter, wodurch das Mädchen einen Schädelbruch sowie eine Gehirnerkrankung erlitt. Die Schwerverletzte mußte nach dem Neuen St. Vincentiuskrankenhaus gebracht werden.

Festgenommen wurden: drei Personen, die dringend verdächtig sind, den Mord an dem Straßenwart Groß in Hochheim verübt zu haben; ein in Baden wohnender Kaufmann aus Bollen wegen unberechtigter Auffassung von Devisen, die in bedeutender Höhe noch bei ihm gefunden wurden, ein Kaufmann von Bollen wegen Diebstahls und ein Dolber von Neuhardt, weil er hier einen Hund von hohem Werte entwendete.

Chronik der Vereine.
Vereinsleben. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse hat die Wiederbelebung ihre Mitglieder am letzten Samstag an Stelle einer ursprünglich geplanten größeren Veranstaltung in ihr traueres Sängerverein zu einem kleinen Abend. In die reichen und dankbaren Beifall findende Vortragsgesellschaft teilten sich der Vereinsmitglied Herr Gertenstein mit seinem prächtigen Tenor, der Pfingstler der Karlsruher Theaterbühnen, Herr Paul Müller von Sandesheide, als Solo, und die treffliche, stets bereit stehende Frau der Wiederbelebung, die unter Leitung des Vereinspräsidenten, Herrn Ziemede, schon so oft glänzende Proben ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer künstlerischen Weiterentwicklung abgelegt hat. Ernst und feiner Humor wies den Darbietungen keinen nicht mit ihrer Kunst und Vernehmen es die auf allen lebenden Gegenständen und Zukunftssorgen — für Stunden verhalten — noch unbedeutend zu verdrängen. Den Dank hierfür brachte der 1. Präsident der Wiederbelebung, Herr Gertenstein, Direktor Karl L. in gebührender Weise zum Ausdruck.

Im Lehrerinnenverein Karlsruhe sprach am letzten Freitag Lehrerin Reuber über G. U. M. Vieths Entschloßene der Lebensleistungen. Gutmüths, der Profiter, und Vieth, der Theoretiker, sind die Vorfahren Vieths. Vieth war Inspektor der Deutscher Schulen. In seinem dreifachen Werk stellt er die Forderung einer naturgemäßen Erziehung auf im Gegensatz zu der I. St. und auch heute noch vorherrschenden einseitig intellektualistischen Ausbildung. Er behandelt dann im geschichtlichen Teil die Entwicklung der Lebensleistungen bei den Griechen, Römern und Germanen. Der zweite Teil spricht vom Nutzen, vom Zweck und von verschiedenen Arten der Lebens-

leistungen. Er betont ausdrücklich, daß die Förderung der Gesundheit der Erziehung von Gebildeten und Stärke vorgeht. Auch der Festgenannte wendet er seine Aufmerksamkeit zu. Der später erwähnte 3. Teil ist ein Ergänzungsband und nimmt Bezug auf Jahresberichte, die inwieweit herausgegeben worden waren. Das vor einem Jahrhundert erschienene und fast ganz in Vergessenheit geratene Werk würde es verdienen, in weiteren Kreisen bekannt zu werden, nicht nur, weil es grundlegend auf seinem Gebiete ist und schon sämtliche Forderungen enthält, die auch heute noch gestellt werden, sondern auch, weil es kulturhistorisch wertvoll und stilistisch hervorragende Schilderungen aus alten Zeiten enthält. Dem Vortragenden gebührt für seine gründliche Arbeit und für seine vorzüglichen Ausführungen Dank und Anerkennung.

Veranstaltungen.

Die Deutsche Volkspartei veranstaltet am Donnerstag, den 22. November 1923, abends 7 Uhr im Besessener des Museums (Handelskammergebäude, Karlsruher Straße 10) eine Mittalbeberverammlung, bei der Oberregierungsrat Bauer, Stadtrat Geißler und Landtagsabgeordneter Wiler über die politische Lage, das badische Ermächtigungsgesetz und städtische Angelegenheiten sprechen werden.

2. Meister-Klavier-Abend. Heute, Mittwoch, den 21. November, spielt Frieda Kwaist-Hodapp, unsere berühmte Pianistin, im Eintrachtssaal, wo sie als siebenjähriges Kind zum erstenmal auftrat. Frau Kwaist zählt jetzt zu den ersten lebenden Pianisten; das Karlsruher Konservatorium kann daher darauf stolz sein, diese Meisterin zu seinen Schülern gezählt zu haben. Die Konzertdirektion Kurt Renckhoff teilt uns mit, daß noch Karten in allen Preisklassen zu haben sind und daß der Saal gut gefüllt sein wird.

Standesbuch-Ausgabe.

Todesfälle. 19. Nov.: Leop. Schmidt, Werkführer a. D., Ehefrau, alt 68 Jahre; Wälder, alt 2 Monate 25 Tage, Vater Max Burkert, Buchhalter; Karoline Steinbach, alt 74 Jahre, Witwe des Heinrich Engelhard Steinbach.

Schlüsselzahlen des 21. Novemb.

- Badischer Einzelhandel: 1000 (Vortrag 600) Milliarden, gültig bis 22. November, mittags.
- Karlsruher Feuerungszahl (mit Vorkauf): Stichtag 12. Nov. 208 695 008 255,40 (Vortrag 100 820 988 338,34)
- Badische Landesindexziffer (mit Vorkauf): Stichtag 12. November 205,3 Milliarden (Vortrag 100,82)
- Badische Landesindexziffer (ohne Vorkauf): Stichtag 12. November 182,7 Milliarden (Vortrag 86,887)
- Reichsindexziffer: Stichtag 12. Nov.: 218,5 Milliarden (Vortrag 98,5)
- Großhandelsindexziffer: Stichtag 13. Nov.: 265,6 Milliarden (Vortrag 129)
- Geldumrechnungssatz für die Reichssteuer für 21. und 22. Nov.: 1 Billion.
- Goldmark: 1 000 000 000 000.
- Schlüsselzahl der Reichsbahn: Für 21. Nov. 1 Billion (gültig von Mitternacht an Mitternacht).
- Mittelbadische Branerzien: Ab 15. Nov. Fohler: je Fohler 28 M. (1,80) für Saenger; 85 M. (1,80) für Exportier. Aufkaufpreis: 0,3 M. (1,80) bzw. 19 M. mit Gemeindeförderung 16 bzw. 20 M. (1,26 M.). Exportier 42 M. Die Zahlen in Klammern bedeuten den Zuschlag für Gemeindeförderung.
- Bad. Gastwirtschafterverband: Ab 15. Nov. Multiplikator wie Bad. Einzelhandel, 0,3 M. Saenger 16 M., 0,3 M. Exportier 21 M., 1/4 M. Saenger 45 M., 1/4 M. Exportier 10 M., 1/4 M. Exportier 70 M. Essen in Kleinbetrieben 1,20 M., Essen in mittl. Betrieben 1,50 M.
- Badische Hotelindustrie: 1 Billion.
- Badische Landessteuer: Für 21. Nov. 1 Billion.
- Schlüsselzahl der Vereinnahmung Karlsruher Zeitungsverleger für den Vermögenspreis: 1 Billion.
- Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenanträge: 1,4 Milliarden.
- Schlüsselzahl für das Buchdruckgewerbe: 50 Milliarden.
- Buchhändlerindexzahl: 1,1 Billion.

Tagesanzeiger

- Mittwoch, den 21. November 1923.
- Bad. Landestheater: „Cavallera rusticana“, „Der Bajazzo“, abends 7 bis 9 Uhr.
- Städt. Konzerthaus: Badische Volkspiele „Nordlandbilder“, abends 8 Uhr.
- 2. Meister-Klavierabend: Frieda Kwaist-Hodapp, abends 8 Uhr im Eintrachtssaal.
- Karlsruher Hausfrauenbund: Tee-Mittag, nachmittags 1/4 Uhr im „Schloß“.
- Café des Beckens: Großes Sonderkonzert, abends 8 1/2 Uhr.
- Residens-Theater: Neues Programm.

Der Millionengarten.

Roman von Reinhold Ortman.

1001 (Madras verboten)

„Pflücht, zur nächsten Ueberführung Hambergers, öffnete Meta Krell die Augen. Leer und verknüppelt gingen sie im Zimmer umher. Sie sprach nicht, nur eines schwache Laute, wie das leise Wimmern eines schmerzgepeinigten Tieres, kamen von ihren Lippen. Der Professor verließ es, sie anzureden, weil er angesichts dieses unvermuteten Erwachens die größte Vorsicht für geboten hielt. Da war Herta, die bisher hinter dem Kopfe der Patientin gestanden, genötigt, sich tiefer über sie zu neigen. Der Blick der Gesellschaftlerin mußte auf sie fallen, und in demselben Moment vollzog sich eine auffallende Veränderung in ihrem Gesichtsausdruck. Die schlaffen Züge spannten sich, und ihre Pupillen wurden weit. Nur einer verwindend kurzen Zeitspanne bedurfte es, bis sich die unklaren, verworrenen Vorstellungen ihres wiederkehrenden Bewußtseins zu einem bestimmten Erkenntnisbilde zu verdichten schienen. Und dies Bild mußte ein aufregend schreckhaftes sein; denn sie erwas eine heftige Armbeugung, wie wenn sie etwas Widerwärtiges oder Beängstigendes von sich abwenden wollte.“

„Fort!“ rief sie hervor. „Sie soll fortgehen! Ich will sie nicht sehen.“

Die Umstände erlaubten Herta, zurückzutreten, und mit dem Augenblick, da sie ihrem Gesichtsfeld entschwand, lösten die Kräfte sich zu beruhigen. Ein paar Sekunden später lag sie wieder still und mit geschlossenen Lidern da.

„Wir müssen damit rechnen, daß sie bald für längere Zeit zur Ruhe kommt.“ flüsterte der Professor seiner jungen Assistentin zu und wandte

sich dann gegen die absetzende Krankenschwester: „Ich mahne Sie zu größter Behutsamkeit. Wenn die Kranke erwacht und zu sprechen anfängt, müssen Sie scheinbar auf jeden ihrer Wünsche eingehen, auch wenn Sie erkennen, daß er unerfüllbar ist. Sie dürfen sie nicht durch den leichten Widerspruch in Aufregung versetzen und haben dem dienenden Arzte sofort Meldung zu erstatten. Ich hege die Hoffnung, daß es uns bei vorzüglicher Behandlung gelingt, sie am Leben zu erhalten.“

Als er in Hertas Begleitung das Zimmer verließ, sprach er in kurzen Fröhenausdrücken über den Befund und sagte hinzu:

„Die Polizei läßt mir mit ihren telephonischen Anfragen keine Ruhe. Vorhin hat sich auch der Untersuchungsrichter bei mir erkundigt, ob denn gar keine Möglichkeit bestche, von der Patientin wenigstens eine kurze Auskunft über den Hergang des nächsten Ueberfalls zu erhalten. Ich habe die Frage zunächst verneint, nun aber sehe ich voraus, daß die Erinnerung an diese Dinge die erste sein wird, die sich nach dem Erwachen bei ihr einstellt. Und wenn ich auch die Vorannahme eines regelrechten Verhörs unter keinen Umständen gestatten werde, sehe ich doch ein, daß wir alles tun müssen, was in unseren Kräften steht, um der Polizei zu Hilfe zu kommen. Darum möchte ich Sie bitten, sich auf einen etwaigen Ruf der Schwester bereitzustellen. Wenn Sie auch vor allem beruhigend auf die Kranke einwirken müssen und nicht mit Fragen in sie dringen dürfen, können Sie doch vielleicht aus ihren freiwilligen Aeußerungen das eine oder das andere mitnehmen, was für die Untersuchung in der Mordfrage von Bedeutung ist.“

Herta erschrak und wagte die schüchternen Einwendungen, ob es nicht vielleicht besser sei, einen der Kollegen mit dem Auftrage zu betrauen, da sie eben den Eindruck gehabt habe, daß ihr An-

sicht ungünstig auf die Patientin wirkte. Professor Hamberger, der an Widerspruch nicht gewöhnt war, wies ihr Bedenken ziemlich kurz zurück.

„Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß Sie schon um Ihres Geschlechtes willen jetzt da drinnen besser am Platze sind als ein männlicher Kollege. Das Gesicht eines fremden Mannes würde die Patientin wahrlich nicht viel mehr erschrecken als das Fröge. Auf eines möchte ich Sie übrigens noch aufmerksam machen. An den mit der Untersuchung befaßten Stellen scheint bereits ein bestimmter Verdacht zu bestehen, den man von der Meta Krell bestätigt oder entkräftigt sehen möchte. Der Untersuchungsrichter sagte mir, es liege ihm besonders daran, zu erfahren, ob die Gesellschaftlerin etwa in ihren Phantasien und Delirien den Namen eines Bildhauers Reimers nenne. Daß solche Delirien bei ihrem Zustande überhaupt nicht zu erwarten seien, läßt sich zu entäußen. Die Herren haben in pathologischen Dingen mitunter recht wunderliche Vorstellungen.“

Herta mußte sich zusammennehmen, um ihre furchtbare Verärgerung zu verbergen.

„Reimers?“ wiederholte sie. „Er sollte es sein, gegen den man einen Verdacht hegt? Nein, da müssen der Herr Professor sich doch wohl verheißt haben.“

„Gewiß nicht. Der Untersuchungsrichter sprach diesen Verdacht zwar nicht offen aus; aber der Sinn seiner Frage war ziemlich unabweislich.“

„Er war oft in der Klinik, um das Fräulein Dresgen zu besuchen. Und es scheint mir geradezu ungeheuerlich, ihn in Verbindung zu bringen mit einem gemeinen Verbrechen.“

„Darüber habe ich kein Urteil. Ich erinnere mich nicht, ihm jemals begegnet zu sein. Wenn

Sie aber durch Ihre Bekanntschaft mit dem Herrn an der Angelegenheit gewissermaßen persönlich interessiert sind, muß es Ihnen doch um so erwünschter sein, die ersten leichten Augenblicke der Patientin Krell zu belauschen. Vielleicht vermag sie mit einem einzigen Wort das Dunkel aufzuhellen, das bis jetzt noch über dieser Mordtatsache liegt.“

Herta äherte in der Tat keinen Widerspruch mehr. Die gleichgültig hingeworfene Bemerkung des Professors hatte sie in die größte Aufregung versetzt. Hätten nicht ihre dienstlichen Pflichten es ihr verboten, so wäre sie am liebsten auf der Stelle in Meta Krells Krankenzimmer zurückgekehrt und nicht mehr von ihrem Lager gewichen. In fast unerträglicher Spannung wartete sie auf die Meldung, die sie dahin zurückrufen sollte. Sie zitterte davor, daß Professor Hamberger sich in seiner Voraussage getäuscht haben könnte. Wäre sie doch, daß Schädelverletzungen sonst meist tage- oder wochenlange Bewußtlosigkeit im Gefolge haben.

Aber der vielbewunderte Scharfblick der berühmten ärztlichen Autorität bewährte sich auch in diesem Fall. Herta hatte eben den Befehlsgebot durch den großen Krankenfall ihrer Abteilung beendet, als ihr gemeldet wurde, sie werde auf dem Separatzimmer Nummer 13 benützt. Eiliger noch als es ohnehin ihre Gewohnheit war, leistete sie dem sehnlich erwarteten Rufe Folge. Sie fand die Schwester in leiser, ruhigem Gespräch neben dem Bacter der Verletzten und hörte, wie sie bei ihrem Eintritt sagte: „Da sehen Sie selbst, daß ich die Wahrheit sprach, Fräulein Krell! Es war Fräulein Dr. Madelung, die Sie vorhin gesehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschafts- und Handelszeitung

Die Goldmark

am 20. Nov. berechnet nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs, 1 Dollar = 4.20 Mk. Vorkriegswert, **1 002 500 000 000** Papiermark.

Goldanleihe (1 Dollar) 4200 Milliarden
Dollarschatzanweisungen — Milliarden.

Wie kann eine stabile Währung geschaffen werden?

In der Reihe der Wahrungsvorschlage, die in den letzten Wochen gemacht worden sind, zeichnet sich der unter obigem Titel im „R. Z.“ vom 16. ds. Mts. veröffentlichte durch die verhaltismaig leicht realisierbare Grundlage aus. Es muß jedermann einleuchten, daß die Umwandlung in beliebigere Waren angenehmer und einfacher ist, als wie Geld in Rentenbriefe umzuwechseln, die man dann höchstens borsenmaig veraufen kann, sofern man nicht vorzieht, diese wieder gegen Rentenmark zu vertauschen. Trotzdem wird diese Form der Wahrungsgrundlage wohl kaum über den Punkt des rein akademischen Problems hinauskommen, da die Verwirklichung derartiger technischer Schwierigkeiten begegnet, daß sie als unmöglich abgelehnt werden muß.

Zur Frage der Währung ist vor allem zu bemerken, daß der Krieg zur Gene gezeigt hat, wie undurchführbar und verheerend eine staatliche Fahrung der Wirtschaft ist; damals mochte sich die Wirtschaft noch fügen, denn die gemeinsame Not ließ sie manches ertragen, was ihrem Fortkommen schädlich war, weil sie der Ueberzeugung war, daß ein kriegsreicher Krieg entschädigen würde. Heute aber liegt der Fall wesentlich anders, weite Kreise des Volkes, entaunt von snfuhrigem, vergeblichem Lauern der Regierung, haben das Vertrauen zum Staat verloren. Der Staat hat sich in so vielen Fällen, so zuletzt in seiner unheilvollen Devisenpolitik, mit der Aufkandigung von 1 bis 2 Prozent der angeforderten Devisen, wirtschaftsunfahig oder gar — feindselig gezeigt, daß sein Ansehen gemaig gesunken. Wie wesentlich aber das Ansehen eines Staates für seine Kreditfähigkeit ist, zeigt nicht allenthalben in vollem Maße anerkannt zu sein. Es ist dies eine Frage, die eine besondere eingehende Behandlung verdient.

Der Wert einer Währung ist nicht allein abhängig von der Dang und der Quantität der umlaufenden Zahlungsmittel, sondern auch von dem Grad des Vertrauens, das man zu dem Emittenten hat. Das Vertrauen kann nur bestehen, falls eine geordnete und rentable Verwaltung des Staatsschatzes vorliegt, eine solche fehlt aber bei uns augenscheinlich. Hier liegt die Hauptursache des Misers, das auch die schönsten Wahrungsplane nicht beseitigen können. Eine Erlassung der Waren verlangt Kräfte, die des Wertes und der Quantität fundig sind. Die Anbringung von Regaleisen begegnet unüberwindlichen Schwierigkeiten, denn wie soll ich Stoffe, Lebensmittel, Garne und dergleichen als der Regie gebrig zeichnen. Die Folge wäre ein großes Meer von Spiegeln, das, wie südlich, die kleinen Regierger, die einmal in kleinem Umfang Regieware als freie verkaufen, lassen wird, während die großen sich entwickeln. Folglich müßten eigene Regieverkaufsstellen eingerichtet werden, um Ueber und Ordnung zu schaffen, müßten große Sammellager angelegt werden, für zum ein ungeheurer unproduktiver Aufwand würde verursacht werden. Durch das Hin- und Herfahren der Waren würde ein gewaltiger Verkehr auf produktiven wirtschaftlichen Kräften verursacht, so kämen die Waren vom letzten Verfauer hinweg in ein Sammellager, um von dort wieder der Konsumfaher zugeführt zu werden.

Die Konkurrenz gegenüber den Geschäften wäre eine Ungerechtigkeit, die einer Enteignung nicht sehr unähnlich wäre, denn während die Geschäfte eine Ummenge von Steuern und Zsen zu tragen haben, können die staatlichen Verkaufsstellen ohne derartige Verhndernisse einen beschdlichen Nutzen nehmen und damit alle freie wirtschaftliche Tätigkeit unterbinden. Und trotzdem wäre es zweifelhaft, ob etwas verdient würde, denn die hohen Gebahren, die mangeltende Organisations-, die beachtliche Schwierigkeit des Einkaufs und Verteilung würden ebenso wie die bürgerliche Verwaltung der verkäuflichen Gelder über den Gewinn aufzehren.

Zu überlegen wäre auch, ob das Handelstreiben eines Staates, zumal wenn er sich den Boden freier Wirtschaft, ihm die Sympathien anderer verschaffen könnte; es will mir viel eher scheinen, als ob gerade dieser Umstand ein erhöhtes Mißtrauen erregen müßte, die einen würden hierin einen letzten Versuch der Rettung vor einem Zusammenbruch, die anderen die Untergrabung privater wirtschaftlicher Initiative und der Bedienstetlichkeit jeglicher Art erblicken; die Folge ist in beiden Fällen Panorerung eines solchen Staates oder gar Zerreißen aller Fäden, die noch auslandliche Staaten oder Private mit volchem Bankrott verbinden.

Nach der ganzen Anlage des Vorschlages soll es sich um ein Opfer des Besitzes handeln, es zeigt sich aber bei näherer Prüfung, daß es im wesentlichen auf eine Erlassung, d. h. Befreiung von Produktion und Zirkulation abgesehen ist. Nicht betroffen werden bei einer derartigen Fundierung der illegitimen Wandel und das ungeheure Meer der Faher und Spekulantien, die in aller Nähe die gefandelte Waare zu kennen oder an der Börse in voller — wirtschaftlich verwerflicher — Weise ihr Brot finden. Die

Folge muß sein, daß der legitime Handel, sowie die Produktion, entweder ihre eigenen Wege gehen oder sich durch Spekulation für den entstandenen Verlust entschädigen.

Der Besitz ist bereit, Opfer zu bringen, aber nur, wenn er die Gewissheit hat, daß es etwas nützt. Das geht aus Auerungen der verschiedensten Leute hervor. Ein derartiges Opfer, wie es vorliegender Wahrungsentwurf fordert, wird er nicht bringen, weil ihm der Staat nicht die Garantie einer erfolgreichen Verwendung gibt; das Aderlassen muß endlich aufhören, wir müßten vielmehr die Kräfte sammeln zum Aufbau. Zuerst aber muß der Staat beweisen, daß er lebensfähig ist und daß er in der Lage ist, seine alten Pflichten wieder zu erfüllen: Sicherheit der Freiheit, des Rechts und des Eigentums.

Einzelhandel und Wirtschaft.

In einer Beilage, die am Dienstag nachmittag in den Räumen des Handelsbros, dem neuen Heim des Badischen Einzelhandels, stattfand, wurde über dessen Lage im Gesamtkomplex der Wirtschaft diskutiert. Der Vorsitzende des Karlsruher Einzelhandels, Freundlich, zeichnete ein Gesamtbild der heutigen Wirtschaftslage. Das Verbot des Wehrfreikommandos, die Papiermark zu verweigern, sei ohne Zweifel eine große Hrte gewesen. Die wertbestandigen Zahlungsmittel seien dem Einzelhandel nicht anzurechnen. Mit allgem. Einführung der Rentenmark sei auch der freie Wettbewerb wieder möglich. Der Einzelhandel mache die Preise nicht, sondern die Industrie-konzerne in Verbindung mit den Großbanken. Solange die Regierung nicht energisch durchgreife, sei keine Besserung zu erwarten.

Einzelhandels, der den Stand des Bad. Einzelhandels, erklärte, der Zustand sei heute so, daß die Geschäfte fast keine Waren mehr haben würden. In Berlin habe man eine merkwürdige Wirtschaftsnatur befunden. Die Wehrfreikommandos würden dann auf dem gesetzlich Weg weitergehen. Die Goldanleihe sei in Berlin verschert worden. Die Banken hätten wohl wertbeständige Konten eingerichtet; die wertbestandigen Zahlungsmittel würden jedoch mit 40—60 Prozent unterbewertet. Die Rentenmark bleibe aus. Bei der Neidnn hätten Groß- und Kleinhandel einen Betrag von 30 000—50 000 M. der Lebensbedarfsverrechnung 10 000 M. Goldanleihe bestellt und zwar zu einem Kurs von 800 Milliarden die Goldmark. Trotz Verweigerung sei kein Geld da gewesen. Das Ministerium des Innern habe vermittelnd eingeschritten. Nach Weisung aus Berlin sollten zunächst 30 000 M. anzuweisen werden, doch nur zu einem Kurs von 1 Billion die Goldmark. Zu 2 Drittel des Betrags ist der Kleinhandel abschadlich. Dazu kämen noch die erwähnten Vorschriften der Wehrfreikommandos. Man sehe heute wieder, wie die Generelle führend in die Wirtschaft einreife. Man muß nicht beim Einzelhandel anfangen, sondern bei der Produktion. Außerdem seien die Zahlungsmittel der Starke so rar, daß der Einzelhandel nicht mehr könne. Der bei der Handhabung der Reichsbank einseitiger Verlust von 60% Prozent müßte die Grundbreite in die Höhe treiben. Das veranlaßte Geschaftebetriebe der Reichsbank habe den Einzelhandel veranlaßt, folgendes zu beschleen: Wird die Abgabe der weiteren 30 000 M. verweigert, so soll durch eine Anleihe die Defizitlucke aufgeklärt werden. Die Privatlage bleibt vorbestehen.

In der Ansprache beklagten die Vertreter der verschiedenen Branchen die Profitten der großen Lieferanten, die sich am Kleinhandel schadlos halten. Auch die Bedrden würden mit schlechtem Beispiel vorangesehen. A. B. sei die Stadt Karlsruhe von der Berechnung der Straenbahnfahrpreise in Geld wieder abgekommen, weil sie gesehen habe, daß sie ein schädliches Geschäft machte. Der Umkehr gegenüber trüber betraut heute nur noch 8—20 Prozent. Dazwischen seien die Eoslen ins Ungewerliche angewachsen. Die Banken sollten effektive wertbeständige Konten anlegen, die nicht nur auf dem Papier stehen. Das keine Konkurrenz mehr zu verzeichnen sind, sei zu verzeichnen, daß der Einzelhandel nicht mehr kaufen kann und still zu Grunde geht. Auch die Betriebe, die volkswirtschaftlich arbeiten, seien sich heute völlig verarmt.

Der Vorsitzende der Landeszentrale, Dietrich, betonte in einem Schlusswort, daß die heutigen Zustände in der Hauptstadt aus dem Meen mit zweifelhafte Maß herrschen. Es sei bedauerlich, daß heute noch die Preisreiter-Bewerdung vom Mai 1918 existiere. Der Einzelhandel habe während des Krieges seine volkswirtschaftliche Funktion erwiehen, und das sei heute noch der Fall. Eine ahere Verteilung der wertbestandigen Zahlungsmittel müßte unbedingt eintreten. Bei der Bednn der Reichsbankanleihe habe man davor gewarnt, um gewisse Modifikationen zu ermglichern. Die Rentenmark werde heute schon im Ausfand gehandelt. Dann würden auch die Preise sich um 70—75 Prozent senken und damit die erwünschte Verbilligung im Profitum eintreten.

Der Reichsbankausweis.

Der Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober, der leider wieder infolge der Ueberlastung des Reichsbankbetriebes verspätet fertiggestellt wurde, zeigt ein weiteres Emporschnellen der Inanspruchnahme der Bank. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 6,9 auf 7,7 Trillionen Mark. Von der Zunahme entfielen 5,9 Trillionen Mark auf Reichsschatzanweisungen, deren Bestand sich auf 6,6 Trillionen Mark stellte. Das Wechselkonto erhöhte sich um 0,9 auf 1,1 Trillionen Mark, das Lombardkonto um 37 259 auf 41 787 Billionen Mark. — Auf der Passivseite wuchs der Banknotenlauf um 2 auf 2,5 Trillionen Mark; die fremden Gelder schwellen noch stärker an, nämlich um 3,5 auf 3,9 Trillionen Mark. — Im Goldbestande der Bank

trat keine Aenderung ein. Da die Darlehenskassen des Reichs in Höhe von 35 254 Billionen Mark neu in Anspruch genommen wurden — Darlehnsbestand am 31. Oktober 114 874 Billionen Mark —, so floß der Reichsbank ein entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen zu. Die Bestände der Bank an solchen Scheinen erreichten damit die Summe von 114 874 Billionen Mark.

Ausweis vom 31. Oktober 1923 (Wolf) in Tausend.

1922		gegen die Vorwoche	
Aktiva.			
Metallbestand	1067996	+	8062
darunter Gold	1004861	—	—
Goldkassenbestand	954821	—	—
Golddepot (unbesetzt)	—	—	—
b. d. Bank von England	50032	unverändert	—
Reichs- und Darlehenskassenscheine	41026323	+	1688234
Noten anderer Banken	325	—	195
Wechsel und Schecks	10115578	+	24673218
Disk. Schatzanweisungen	477201494	+	73307563
Lombard-Darlehen	624363	+	166579
Effektenbestand	502346	+	101432
Sonstige Aktiva	13039641	+	4850103
Passiva.			
Grundkapital	180000	unverändert	—
Reservefonds	127254	unverändert	—
Notenumlauf	46915523	+	59483517
Reich, Staat	2327926	+	10708936
Depos. Privat	106508333	+	22617265
Sonstige Passiva	2417721	+	5073847
1923			
Aktiva.			
Metallbestand	10871553	—	3445512
darunter Gold	467025	—	—
Goldkassenbestand	455713	—	—
Golddepot (unbesetzt)	—	—	—
b. anal. Ztr. N.-B.	11312	unverändert	—
Reichs- und Darlehenskassensch.	114874046234210	+	35253778903406
Noten anderer Banken	40694193957	+	39480647515
Wechsel und Schecks	10581236552195	+	973034028804
Disk. Schatzanw.	657255298313448	+	590047118401879
Lombard-Darlehen	4178751784485	+	37263649992505
Effektenbestand	9536953404226	+	8179703916799
Sonstige Aktiva	970866319390796	+	775156665764728
Passiva.			
Grundkapital	180000	unverändert	—
Reservefonds	127254	unverändert	—
Notenumlauf	249662290903978	+	1974023178822
Reich, Staat	6066605728000	+	3408580847335
Depos. Privat	3264240331952	+	24733791383205
Sonstige Passiva	2408978741443542	+	2214376867711083

Berliner Börse.

Dollar 4,2 Billionen.

w. Berlin, 20. Nov.

Bei etwas größerer Nachfrage als gestern wurden heute die Devisenpreise weiter in Einklang mit den ausländischen Notierungen gebracht und entsprechend hinaufgesetzt. Die amtliche Notierung vollzog sich bei geringer Zuteilung auf der Grundlage von achtzehn Billionen für das englische Pfund und 4,2 Billionen für den Dollar. Für Goldanleihe wurde ein Kurs von 4200 Milliarden Papiermark festgesetzt. Dollarschatzanweisungen waren gestrichen.

Am Geldmarkt hatte die Erleichterung weiterer Fortschritte gemacht. Täglich Geld war zu vier bis fünf Prozent pro Tag zu haben. Unter diesen Umständen bestand vermehrte Nachfrage nach Effekten, und es wurden für die verschiedensten Gattungen höhere Kurse genannt, so daß nach überwiegender Meinung für die nächste Börse mit weiteren Steigerungen zu rechnen sein dürfte.

Berliner Produktenbrse.

w. Berlin, 20. Nov. Durch die Knappheit an wertbestandigen Zahlungsmitteln ist eine weitere Erschwerung im Produktengeschaft eingetreten. Die Neigung, gegen Papiermark zu handeln, gibt sich nur vereinzelt kund. Die Tendenz war am Vormittag recht fest, mittags war die Haltung ruhiger bei ungenhr behaupteten Preisen. Die Umsätze hielten sich für alle Artikel in engen Grenzen, und nur vereinzelt bestand regere Nachfrage der Mühlen nach Weizen.

Kündigung sämtlicher Berliner Anleihen. Die Stadt Berlin kündigt sämtliche kündbaren Anleihen bis einschl. der Emission von 1920. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von fast 1 Md.; ein Agio oder eine Entschädigung ist nicht zugesagt. Man will die gesetzliche Regelung der Auswertungsweg abwarten. Die wirkliche Rückzahlung der Anleihe kommt wohl nicht erstlich in Betracht; so kleine Geldscheine wie die Nominal- und Zinsbeträge wären kaum noch aufzutreiben. Es ist also damit zu rechnen, daß eine Einreichung der Stcke durch geschädigte Obligationglubiger überhaupt nicht erfolgt, bis die Rckzahlungsfrage geklärt ist. Andererseits versichert die Stadt, sie habe die Kündigung wegen der hohen Verwaltungskosten nicht mehr umgehen können.

Ein Rentenmarkkredit für die Reichsgetreidestelle. Die zweiten M. 50 Mill. unverzinslicher Rentenmarkkredit sind zum größten Teil, mit 30 Mill., für die Reichsgetreidestelle bestimmt. Von den ersten M. 50 Mill. waren M. 20 Mill. bekanntlich für den Lebensmittelhandel beiseite gesetzt worden. Mit den übrigen M. 30 Mill. soll die Reichsbank die anständigen Papiermarkbesitzer befriedigen, wobei sich erhebliche Unzuträglichkeiten ergeben. Die Umtauschbedingungen (ob gegen Noten oder Schecks) sind abgeändert worden. Ueber die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsbank in der Zinsfrage berichtet das „B. T.“, daß anscheinend die Rentenbank einen größeren Anteil an dem Zinslos für Privatkredite beansprucht als die Reichsbank ihr zugestehen will. Sie verlangt nicht nur die von ihren Aktionären zu entrichtenden 6proz. Grundbuchzinsen, sondern auch von dem überschüssenden Teil der aus den Privatkrediten eingehenden Zinsen einen namhaften, jedoch nicht näher bezeichneten Prozentsatz. Hinsichtlich der Verteilung etwaiger auf Grund der Goldklausel von Kreditnehmern zu leistenden Goldnachschsse sollen auch noch ähnliche Differenzen bestehen.

Der Stand des Sowjetrubels. Der soeben erneut in einer Emission vom Jahre 1924 auf den zehnmillionsten Teil seines einstigen Wertes denomierte Sowjetrubel sinkt weiter, innerhalb der

letzten Woche bstete er allein fast 20 Proz. seines Wertes ein. Der Dollar stieg nämlich nach halbamtlicher Meldung am 16. November auf 2010 Rubel der Emission 1923 gleich etwa 2,01 Milliarden Vorkriegsrubel; das bedeutet einen Gesamtfall auf etwa den einmilliardesten Teil des einstigen Wertes. (Die Mark sank auf den sechshundertmilliardesten Teil). Diese Wertverminderung des Rubels ist eine natürliche Folge seiner ständigen weiteren Vermehrung, die zum Ausgleich des staatlichen Defizits nach fest vorausbestimmten Plan (etwa 15 Millionen Goldrubel im Monat) vorgenommen wird. Seine Stellung zum Tscherwonetz der sich angeblich stabil erhielt, ist eine umgekehrte wie die der deutschen Mark zum wertbestandigen Geld. Die Geldbeschaffung des Fiskus vollzieht sich in Rußland nach wie vor durch den alten Rubel; in Deutschland ruht bekanntlich seit 15. d. M. der Notendruck für neue Bedürfnisse des Staates.

Schnellpressenfabrik Heidelberg. In Abandlung der ursprünglichen Anträge beschloß die G.-V. der Schnellpressenfabrik A.-G. Heidelberg (Richard Kahn-Konzern) Kapitalerhöhung um Mark 70 Mill. Stammaktien auf M. 120 Mill. mit Bezugsrecht 1 zu 1 zu voraussichtlich 1/2 Dollar. Neue Vorzugsaktien werden nicht ausgeben, für das Stimmrecht der alten auf das 20fache verdoppelt. In den Aufsichtsrat wurden R.-A. Eduard Goldschmidt (Stuttgart) und Dr. Ullmann (Commerzbank, Filiale Mannheim) zugewahlt.

Die Eisenwerke Gaggenau A.-G. beantragt Erhöhung des Grundkapitals um M. 48 Mill. Stamm- und 2 Mill. Vorzugsaktien. (Zuletzt im Mai auf M. 50 Mill. verdoppelt, Tageskurs 6 Billionen Prozent).

Iter Kraftwerke A.-G. Mosbach. Die in Karlsruhe abgehaltene a. o. G.-V. der Iter Kraftwerke A.-G. in Mosbach beschloß, das Aktienkapital auf M. 120 Mill. zu verdoppeln. Die neuen Aktien werden von einer Bankgruppe unter Führung der Rheinischen Creditbank mit der Verpflichtung übernommen, sie den Aktionären 3 zu 2 zum Gegenwert von 1,5 Goldmark für je M. 1000 Nennwert anzubieten und den Rest für die Gesellschaft bestens zu verwerten. Es ist beabsichtigt, ein weiteres Werk zu bauen. Die Pläne seien bereits soweit vorbereitet, daß das Konzessionsverfahren im Laufe dieses Jahres durchgeführt werden könne.

Zellstoff-Fabrik Waldhof, Mannheim-Waldhof. Von dem Unternehmen sind auf Antrag des Bankhauses E. Ladenburg in Frankfurt a. M. Mark 100 Mill. neue Stammaktien zur Frankfurter Börse zugelassen worden, nachdem die Zulassung vor wenigen Wochen in Berlin erfolgt ist.

Landw. Lagerhauszentrale Wertheim A.-G. Unter dieser Firma wurde von den Getreidelagerhusern Wertheim und Reicholzheim und von der Badischen Landw. Hauptgenossenschaft eine neue Aktiengesellschaft mit 300 Millionen errichtet, durch welche die seitherigen Betriebe in Wertheim und Reicholzheim gemeinsam fortgeführt werden sollen. Auch die Beteiligung an anderen Unternehmungen, die Finanzierung landw. Genossenschaften und ihrer Geschäfte usw. ist vorgesehen.

Hansa Automobilwerke A.-G. Bremen. Die Verwaltung teilt mit, daß die Aktionäre J.-R. Gottschalk und R.-A. Krebs gegen die Beschlüsse der letzten G.-V. Anfechtungsklage erhoben haben. (Termin am 30. November).

Hamburger Altmetallmarkt. 20. Nov. Kupfer 55—55,50, Rotgl 47—50, Messing, leicht 32—34, Messingspne 31—32,50, Messinggl 35,50—38,50, Blei 23—23,50, Zink 22,50—24,50.

Devisennotierungen.

w. Berlin, 20. November.

19. November.		20. November.	
Amsterdam	962613MM	957387 MM	1560900
Buenos Aires	857650MM	852150 MM	1567910
Brüssel	113715MM	114295 MM	1275900
Christiana	369075MM	370925 MM	1896250
Kopenhagen	434910MM	437090 MM	1304750
Stockholm	674320 MM	677690 MM	61528MM
Helsingfors	6730 MM	68170 MM	72180MM
Halle	10730MM	108270 MM	117820MM
London	10982500	11072800	11795000
New-York	2513200	2526300MM	14199500
Paris	131670MM	132130 MM	224400MM
Schweden	44885MM	44715 MM	72911MM
Spanien	325175MM	330825 MM	62911MM
Lissabon	95760 MM	96240 MM	65356 MM
Japan	1203970	1215030	155810MM
Rio de Jan.	21460MM	215640 MM	195500
Wien	35910 MM	36190 MM	361120MM
Prag	73815 MM	7435 MM	57553 MM
Jugoslawien	29925 MM	30075 MM	121695MM
Budapest	149650MM	149355 MM	45284 MM
Sofia	21945 MM	22055 MM	217485MM
			216545 MM

Zuteilungen: Amsterdam-Rotterdam 1%, Buenos Aires 2%, Brüssel-Antwerpen 3%, Christiania 1%, Kopenhagen 2%, Stockholm 2%, Helsingfors 2%, Italien 2%, London 2%, New-York 1%, Paris 3%, Schweden 3%, Spanien 2%, Lissabon —, Japan 3%, Rio de Janeiro 3%, Wien 1%, Prag 1%, Jugoslawien 1%, Budapest 3%, Sofia 3%.

Unnotierte Werte.

Mitgeteilt von Baer & Elend, Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 28. Alles circa in Billionen Mark für nom. 1000.— oder je Stück:

Adler Kall	170	Pax, Industrie- und Handels-A.-G.	0,7
Api	180	Petersgr. Int.	50
Bad. Lokomotivwerke	4	Rastatter Wagren	180
Baldur	7	Rodi & Wiennberger	180
Becker Kohl	49	Schuyweg	180
Becker Stahl	180	Siehel	130
Benx	50	Sioman	—
Brown Boveri	45	Tabak-Handels-A.-G.	0,4
Contin. Holzverwertung	0,8	Telegraphen	15
Deutsche Lastauto	0,8	Textil Meyer	—
Deutsche Petroleum	250	Turbo-Motoren	0,6
Germania Linoleum	200	Ufa	29
Gründler Zig ren	4,5	Zuckerwaren Speck	—
Grndlerstr. Wirtemb.	3,5	6% Mannh. Kohlenw.	45
Hansa Lloyd	25	6% Hind. Kohlenw.-Ant.	—
Heidelberg Vorzug-Akt.	300	6% Mannh. Kohlenw.	—
Inag	70	Anleihe	—
Iterkraftwerke	24	7% Sächsische Bran-	40
Kaiserthron	260	Kohlen-Anleihe	10
Kammerkass.	0,5	6% Rhein-Main-Donau	7
Karstadt	12	Dollar-Anleihe	—
Knorr	70	6% Neckarwerke Gold-	7
Krugschall	170	Anleihe	—
Landeswirtschaftshand-	—	6% Preussische Ka-	12
werk für das Badische	—	Anleihe pro 100 kg	—
Melland Chem.	0,8	6% Sächsische Boggen-	—
Meusel & Hartmetall	10	wert-Anleihe im Ztr.	—
Mninger Brauerei	10	5% Sad. Festwert-	—
Offenburger Spinnerei	10	bund-Anleihe	5